

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Staatsministerin Ilse Aigner

Abg. Natascha Kohnen

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Markus Blume

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Michael Hofmann

Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

"Energie für Bayern - sicher, bezahlbar, sauber"

Das Wort hat Frau Staatsministerin Aigner. Bitte schön, Frau Aigner.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft unserer Energieversorgung treibt die Menschen um – zu Recht. Das ist keine Frage. Eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung ist entscheidend für unseren Lebensstandard, unseren Wohlstand und auch für eine intakte Umwelt und unsere Heimat.

Gemeinsam haben wir im Juni 2011 den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Das war die richtige Entscheidung, zu der wir auch heute noch stehen. Die Energiewende hat jedoch schon beim Umbau des Energieversorgungssystems von fossilen Trägern hin zu erneuerbaren Energien aufgrund des Klimaschutzes begonnen. Bayern war und ist Vorreiter der Energiewende. Wir haben die Leitentscheidungen nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin geprägt. Bayern setzt die Energiewende vor Ort um.

Meine Damen und Herren, Energiewende bedeutet mehr als den Ausbau erneuerbarer Energien und die Vernetzung mit Leitungen. Energiewende heißt auch Wärmewende. Energiewende bedeutet, Energiesparen und Energieeffizienz voranzubringen. Die Energiewende erfordert auch Energiespeicherung. Die Energiewende benötigt vor allem Versorgungssicherheit, da sie sonst scheitert.

Dreieinhalb Jahre nach Fukushima müssen wir feststellen: Wir haben zwar viel erledigt, aber viele Aufgaben müssen noch erledigt werden. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um den Standort neu zu bestimmen und Lösungen im Konsens zu erarbeiten. Meine Damen und Herren, Politik besteht nicht darin, Ideologien durchzusetzen,

sondern darin, wirklich gute Lösungen herauszuarbeiten. Wir reden jetzt über Leitentscheidungen für das nächste und übernächste Jahrzehnt. Die Zeit dafür haben wir. Die Bundesnetzagentur hat bestätigt, dass wir selbst nach der Abschaltung der Kernkraftwerke Grafenrheinfeld und Gundremmingen in den nächsten Jahren gesicherte Energie haben werden.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist Bayern nach wie vor Spitze. Bayern deckt bereits über ein Drittel des Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien. Im Bundesdurchschnitt liegen wir noch bei einem Viertel. Bayern belegt den Spitzenplatz unter den Ländern bei Photovoltaik, Wasserkraft und Geothermie. Zudem legt die Windkraft in Bayern kräftig zu. Von 2009 bis 2013 hat sich die Windstromerzeugung bei uns fast verdreifacht. Wir bauen weiter aus. Ich nenne einmal die Vergleichszahlen: Im Jahr 2013 sind in Bayern 98 Windkraftanlagen ans Netz gegangen, in Baden-Württemberg 51. Im ersten Halbjahr des Jahres 2014 sind in Bayern weitere 51 Anlagen ans Netz gegangen, in Baden-Württemberg eine Anlage.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wollten mal 150 Anlagen im Jahr bauen! In Rheinland-Pfalz gibt es dreimal so viele Anlagen!)

Meine Damen und Herren, wir werden diesen erfolgreichen Weg fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden den Weg mit den Bürgern gehen. Deshalb haben wir eine vernünftige und gute Regelung zu den Abstandsflächen erarbeitet, die Entscheidungen vor Ort zulässt. Die Entscheidungen vor Ort können immer noch am besten mit den Bürgern getroffen werden. Ich möchte mich bei der Arbeitsgruppe der CSU-Fraktion ausdrücklich bedanken, weil sie unseren Vorschlag noch verbessert hat. Deshalb werden es gute Entscheidungen sein – herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU)

Eines kann ich Ihnen sagen: Wir werden unser Ziel, den Stromverbrauch bis zum Jahr 2021 zu 50 % aus erneuerbaren Energien zu decken, erreichen. Wir liegen gut im Zeitplan. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich.

Allerdings geht es nicht nur um die Menge des Ausbaus, sondern auch um die Qualität und die Wirtschaftlichkeit. Aus diesem Grund war es im ersten Halbjahr dringend erforderlich, eine Neuaufstellung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes auf den Weg zu bringen und dieses zu verabschieden. Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Markt und mehr Wettbewerb. Wir haben festgeschrieben, dass die EEG-Umlage nicht über sieben Cent pro Kilowattstunde steigen darf. Wir haben mehr Markt in das System gebracht, indem wir die größeren Anlagen direkt an den Markt anbinden. Ab dem Jahr 2017 gilt generell eine Ausschreibungspflicht. Nicht mehr der Staat diktiert den Preis, sondern eine Ausschreibung, also der Markt. Wir haben außerdem die Industrieermäßigungen für die energieintensive Industrie gerade in Bayern geschützt. Davon hängen 100.000 Arbeitsplätze ab.

(Beifall bei der CSU)

Nicht zuletzt ging es um die Eigenstromversorgung. Wir haben einen ausgewogenen Kompromiss auf den Weg gebracht. Die von den Stadtwerken befürchtete Flucht aus der EEG-Umlage, die dann wenige zahlen müssen, ist gestoppt worden. Dennoch werden weiterhin sinnvolle Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ermöglicht. Für diejenigen, die schon investiert haben, besteht Vertrauensschutz, damit sie in Zukunft ihre Erlöse erzielen. Das ist der Kern des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Das war ein Verdienst – das sage ich ausdrücklich – von Sigmar Gabriel. Wir dürfen jedoch nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Es gibt noch einige Punkte, die wir zu erledigen haben.

Ich war bei den Koalitionsverhandlungen dabei. Franz Josef Pschierer hat Bayern in der Arbeitsgruppe Energie vertreten. Ich selbst habe die Arbeitsgruppe Wirtschaft geleitet. Der Ministerpräsident und die Parteivorsitzenden waren dabei. Der Koalitions-

vertrag trägt ganz wesentlich die bayerische Handschrift. Deshalb legen wir großen Wert darauf, dass nicht nur der erste Teil realisiert wird, sondern alle Teile des Koalitionsvertrags umgesetzt werden. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Energieversorgung ist mehr als Stromversorgung. Mobilität und Wärmeversorgung sind wesentliche Teile der Energieversorgung. Für diese Bereiche wird sehr viel Primärenergie, also unmittelbar Kohle, Mineralöl und Gas, eingesetzt. Deshalb ist der Klimaschutz ein zentraler Punkt. Derzeit steigen die CO₂-Emissionen in Deutschland, weil für die Energiegewinnung immer mehr Kohle eingesetzt wird. Das kann uns nicht befriedigen. Unter einem ganzheitlichen Aspekt werden wir immer wieder darauf drängen, dass es nicht so weitergeht. Deshalb brauchen wir einen Impuls für mehr Energieeffizienz. Der größte Bereich sind die Gebäude. Deshalb werden wir wieder einen Antrag im Bundesrat einbringen, um die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung auf den Weg zu bringen. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, wie sich die grünen Länderminister verhalten werden, ob sie es mit der CO₂-Einsparung ernst meinen? Hier ist der größte Hebel; auf die Gebäude entfallen 35 % des gesamten deutschen Energieverbrauchs. Es geht uns um die Einsparung von CO₂-Emissionen und Planungssicherheit für diejenigen, die investieren wollen. Nicht zuletzt geht es uns um die Unterstützung der Nachfrage im Bausektor bei leicht nachlassender Konjunktur. Mit der Energieeffizienzoffensive wollen wir die Förderung, Beratung, Information und Motivation vor Ort verankern. Das 10.000-Häuser-Programm soll die Energieeffizienz steigern und den Energiebedarf minimieren. Außerdem sollen moderne Technologien intelligent eingesetzt werden; wir kombinieren Wärme und Strom. Das ist es, was die Menschen vor Ort brauchen. Darin werden sie investieren.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es gibt keine Energiewende ohne Versorgungssicherheit. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 40 bis 45 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken. Was ist mit den anderen 55 bis 60 %? Wo kommen die eigentlich her? Wir erzeugen im Moment große Mengen an Strom aus erneuerbaren Energien. Das stimmt. Unglücklich ist nur, dass sie nicht zu jeder Zeit verfügbar und somit volatil sind. Sie können auch nicht die gleiche Kapazität wie konventionelle Kraftwerke aufbringen. Das geht nicht. Die laufen nämlich nicht 8.000 Stunden. Ein Rechenbeispiel: Um die Stromproduktion des Kernkraftwerks Isar 1 zu ersetzen, bräuchten wir 3.000 Windräder. Meine Damen und Herren, das wird leider nicht funktionieren, weil Strom aus Windrädern, selbst wenn wir sie alle bauen könnten, nicht verlässlich ist. Wir brauchen zusätzlich Speichertechnologien. Der Labormaßstab reicht hierfür nicht. Diese müssen zur Marktreife gelangen, und wir müssen Demonstrationsprojekte voranbringen. Bayern ist darin wieder einmal Vorreiter. Bayern hat in den Jahren von 2012 bis 2016 knapp 500 Millionen Euro in die Energieforschung investiert – mehr als jedes andere Bundesland. Das ist uns wichtig. Das ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, da ist noch Luft. Der Bund kann noch mehr tun. Die Situation ist mit einem Getreidelager vergleichbar. Es reicht nicht, ein Getreidelager zu bauen, um den Welt-hunger zu stillen. Sie müssen das Getreidelager auch füllen. Wenn nur 40 bis 45 % des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden können, muss der Rest irgendwo herkommen. Das ist die Kernfrage, die bis heute nicht beantwortet ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gaskraftwerke!)

Meine Damen und Herren, das ist für uns wichtig, weil wir natürlich wollen, dass die Menschen auch an einem Januarnachmittag, wenn die Sonne nicht mehr scheint, wenn sich unglücklicherweise kein Windrad dreht und wenn vielleicht zusätzlich die Maschinen in den Fabriken noch laufen und zu Hause schon gekocht wird, sicher

Strom haben. Die Versorgungssicherheit ist ein zentrales Thema für Süddeutschland; denn wenn hier die Lichter ausgehen, wird es in ganz Europa ein Problem geben. Deswegen ist dies eine nationale Aufgabe, um die wir uns kümmern müssen.

(Beifall bei der CSU)

Manche träumen von einer Versorgung nur mit Strom aus erneuerbaren Energien nach dem Motto: Wir bauen Sonnen- und Windkraft einfach stark aus, vernetzen sie irgendwie, und dann wird es schon irgendwie funktionieren. Meine Damen und Herren, das wird wahrscheinlich nicht funktionieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das schafft ihr nicht! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn man es speichert, schon!)

Das ist für meine Begriffe eine Illusion. Das wird nicht funktionieren. Meine Damen und Herren, wir brauchen ganz dringend eine grundlastfähige, gesicherte, jederzeit verfügbare Stromerzeugung aus konventionellen Kraftwerken, und das möglichst nah an den Bürgern und vor allem an den Betrieben, meine Damen und Herren!

(Thomas Gehring (GRÜNE): Kohle!)

Auf mittlere Sicht - da muss ich Ihnen recht geben - ist das Mittel der Wahl die Stromerzeugung in Gaskraftwerken. Das ist eine bewährte und im Vergleich zu Kohlekraftwerken auch im Hinblick auf das Klima bessere Variante.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Meine Damen und Herren, das Grundproblem ist derzeit, dass sich der Strommarkt so entwickelt hat, dass Gaskraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Die subventionierten erneuerbaren Energien sind so billig, dass man nicht mit ihnen konkurrieren kann. Mit der Kohlekraft können Gaskraftwerke nicht mithalten. Meine Damen und Herren, genau deshalb brauchen wir ein neues Strommarktdesign, das nicht nur dafür sorgt, dass Leistung bereitgestellt wird und bestehende Kraftwerke

noch laufen können, sondern auch dafür, dass zusätzliche Werke gebaut werden können. Das Stichwort heißt Kapazitätsmechanismus.

(Beifall bei der CSU)

Gesicherte Leistung hat auf unserem Strommarkt derzeit keinen Preis. Den gibt es nicht. Das ist ungefähr so, als würde man von einem Rettungsdienst verlangen, ausschließlich über den einzelnen Einsatz abzurechnen, und zu sagen, für die Finanzierung des Betriebs der Rettungswache über 24 Stunden müsst ihr selber sorgen. - Das wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So ähnlich ist es aber!)

Deshalb brauchen wir ein neues Strommarktdesign. Darüber diskutieren wir schon seit Jahren; das muss ich ausdrücklich sagen. Das steht auch im Programm von 2011. Bis heute ist die Bundesregierung eine Antwort schuldig geblieben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da seid ihr doch dabei! Ihr seid doch nicht in der Opposition! Daran will ich euch erinnern! – Unruhe)

Im Gespräch, das wir gemeinsam hatten, hat Gabriel eingeräumt, dass er darauf noch keine Antwort geben kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann schimpft den Gabriel einmal gescheit!)

Das, meine Damen und Herren, ist der Punkt. Deshalb haben wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass wir das jetzt umsetzen müssen. Übrigens sind wir uns darin sogar mit Baden-Württemberg ausnahmsweise einmal richtig einig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was machen Sie denn in Bayern, Frau Aigner?)

Was mich allerdings etwas bedenklich stimmt, sind die Töne von Herrn Gabriel bzw. die Töne aus seinem Haus, dass wir es mit dem jetzigen Marktdesign, dem sogenann-

ten Energie-Only-Markt, auch in Zukunft irgendwie weiter schaffen werden. Meine Damen und Herren, das wird nicht funktionieren. Wir haben mit den Kraftwerksbetreibern gesprochen sowie mit denjenigen, die neu investieren werden. Keiner wird auf dieser Basis in Zukunft investieren.

(Natascha Kohnen (SPD): Die wollen die Subventionen haben! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das muss der Marcel lösen!)

Deshalb brauchen wir einen Kapazitätsmechanismus. Wir brauchen einen Anreiz für neue Anlagen, und wir brauchen hier Kriterien, meine Damen und Herren, nämlich in Bezug auf die Effizienz, aber auch auf CO₂-Emissionen. Wir wollen nämlich kein "Hartz IV" für abgeschriebene Kohlekraftwerke und die Dreckschleudern. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl! Beifall!)

Wir brauchen auch einen Anreiz für Speicher und die Nachfrageflexibilisierung. Das muss auch einbezogen werden. Auf gut Deutsch: Wir brauchen ein Strommarktdesign, bei dem jeder jederzeit Strom zu vertretbaren und sicheren Preisen bekommen kann, meine Damen und Herren.

Dann geht es natürlich immer wieder um die Netze. Da kann ich Ihnen eines sagen: Das Wichtigste, was wir jetzt erledigen müssen, ist der Umbau der Verteilnetze, nämlich der niederen Spannungsebenen. Meine Damen und Herren, diese werden übrigens alle als Erdkabel verlegt. Dies sei nur nebenbei bemerkt. Hierauf liegt der Schwerpunkt der Investitionen, die wir in der nächsten Zeit vornehmen müssen, weil wir die erneuerbaren Energien integrieren müssen. Es ist ungefähr so wie beim Blutkreislauf; bisher funktioniert das System so, dass wir nur ein Herz und Arterien haben. Wir müssen das jetzt so umbauen, dass wir in Zukunft auch Venen haben, in die von den dezentralen Anlagen aus eingespeist werden kann.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dafür haben wir konkrete Vorschläge, die noch nicht umgesetzt sind. Das steht auch im Koalitionsvertrag. Es geht nämlich um die Reform der Netzentgelte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir brauchen einen Ressortkrisenmanager!)

Es geht darum, dass nicht nur der bezogene Strom bezahlt wird, sondern auch die Bereitstellung des Anschlusses, weil auch derjenige, der nur wenig Strom abnimmt, aber sehr viel Eigenversorgung macht, einen Stromanschluss braucht. Das muss irgendjemand bezahlen.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die investieren wollen, haben momentan die Situation, dass sie dies erst nach drei Jahren über die Netzentgelte abwickeln können. Sie werden dann nicht investieren. Deshalb haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der in Berlin nur noch umgesetzt werden muss.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, geht es auch um die Frage, ob wir uns auf Dauer eine Vollentschädigung leisten können, wenn jemand erneuerbare Energien ins Netz einspeist, egal ob wir sie brauchen oder nicht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Bei den Gaskraftwerken kann man es machen? –
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau, die Offshore-Pauschale!)

Meine Damen und Herren, das ist eine Lizenz zum Gelddrucken auf Kosten der Allgemeinheit.

(Beifall bei der CSU)

Das hat noch einen zweiten Grund: Wenn ich keinerlei finanzielles Risiko habe, werde ich nicht auf die Idee kommen, in dezentrale Speichertechnologien zu investieren. Auch das müssen wir auf den Weg bringen.

Zu den Höchstspannungsnetzen: Wir stehen unverbrüchlich dazu und arbeiten daran, die Thüringer Strombrücke, die für die Abschaltung von Grafenrheinfeld und Gundremmingen unverzichtbar ist, fertigzustellen. Die Regierung von Oberfranken arbeitet unter Hochdruck mit Verstärkung aus allen Regierungen. Ich bin mir sicher, dass wir zum Ende des Jahres den Planfeststellungsbeschluss bekommen werden. Wir gehen davon aus, dass wir diese Strombrücke bis Ende 2015 erstellen werden. Ich bedanke mich bei allen, die dazu vor Ort einen Beitrag leisten. Das ist eine große Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Derzeit wird viel über die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen gesprochen, also Süd-Ost-Passage und SuedLink. Meine Damen und Herren, das ist eine Entscheidung, die natürlich erst im Jahr 2022 die Probleme lösen soll. In einem gebe ich sogar Herrn Aiwanger recht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Voriges Jahr habt ihr es unterschrieben! Heuer wisst ihr nicht, ob ihr es braucht oder nicht! – Unruhe bei der CSU)

– ganz ruhig, lieber Herr Aiwanger! -: Man muss solche Entscheidungen, die für Jahrzehnte gelten, in ein Gesamtkonzept gießen. Dabei geht es um die Punkte, die ich vorhin angesprochen habe. Diese standen übrigens auch schon letztes Jahr zur Debatte, sie sind aber noch nicht umgesetzt. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Natascha Kohnen (SPD): Woher kommt das Gas? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zwei Minuten haben wir noch! Jetzt kommt es!)

Meine Damen und Herren, es geht hier um ein Gesamtkonzept. Der Bund hat momentan folgendes Gesamtkonzept: viel Windstrom aus dem Norden, dreckige Kohlekraft aus der Mitte, und im Süden bauen wir einfach die Leitungen. Jetzt kann ich Ihnen sagen: Auch da geht es wieder um die Grundsatzfrage, was in den Leitungen fließt. Worum geht es? - Da geht es wieder um das Getreidelager wie bereits vorher. Es geht

darum, dass wir 40 bis 45 % Deckung aus erneuerbaren Energien haben und beim Rest schauen, dass er irgendwo herkommt. Diese Grundfrage muss man im Zusammenhang bearbeiten. Erst dann können wir die Menschen davon überzeugen, dass Leitungen zwingend erforderlich sind, meine Damen und Herren. Deshalb brauchen wir jetzt diese gemeinsamen Entscheidungen.

(Natascha Kohnen (SPD): Woher kommt das Gas? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus Russland, und dann methanisieren!)

Sie sehen, es gibt da noch viele Fragen. Diese liegen nicht nur bei uns. Wir werden aber einen Beitrag dazu leisten, weil wir die Energiewende als ein großes und wichtiges Projekt ansehen. Wir werden sie gemeinsam mit den Menschen diskutieren. Wir werden deshalb einen breiten Dialog führen. Das steht übrigens auch ganz ausdrücklich im Koalitionsvertrag: Für das Gelingen der Energiewende ist eine breite Akzeptanz der Bevölkerung notwendig. - Lieber Herr Aiwanger, da zu einem Flächenbrand aufzurufen, ist nicht die intelligente Variante.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe nicht dazu aufgerufen! Ich habe gesagt, er wird kommen, wenn Sie mit den Leuten nicht reden!)

Da ist es manchmal gut, wenn man seinen Verstand einschaltet.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie lösen das selber aus!)

Sie wollen spalten, wir wollen das Land befrieden. Das ist letztendlich der entscheidende Unterschied.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben für die Trasse unterschrieben, und das führt zu Protesten!)

Meine Damen und Herren, diesem Verfahren hat Sigmar Gabriel übrigens vollauf zugestimmt, und das haben auch alle Ministerpräsidenten in der letzten Runde getan. Ich kann nur sagen: Wir werden den Dialog mit allen Verbänden,

(Markus Rinderspacher (SPD): Mit welchem, Frau Aigner?)

mit allen aus Wirtschaft und Umweltschutz bis hin zu Vertretern der Bürgerinitiativen aufnehmen. Wir beginnen am 3. November. Wir werden natürlich auch die Kollegen des Landtags einbinden. Ich bin schon auf eine konstruktive Mitarbeit gespannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Welches Konzept legen Sie dem zugrunde?)

Wir werden uns wissenschaftlichen Rat einholen. Das wird sowohl ökologisch orientiert als auch wirtschaftsnah geschehen. Wir werden auch auf Trassenbefürworter und Trassengeegner hören, und wir werden das Ergebnis offen und transparent darlegen. Wir werden den Bürgern auch die Möglichkeit geben, sich über das Internet zu beteiligen, um so einen wirklichen Bürgerdialog zu führen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Also haben Sie nur die Rolle der Moderatorin?)

Wir werden das ähnlich wie die Bundesregierung mit dem Grünbuch-Prozess machen. Die hat das etwas anders aufgezogen, weil sie die Antwort für die Versorgungssicherheit noch nicht hat. Deshalb heißt es Grünbuch-Prozess. Letztlich ist es aber dasselbe Verfahren. Wir brauchen auch in diesem Bereich Klarheit.

Der richtige Zeitpunkt ist jetzt; denn jetzt haben wir die EEG-Reform verabschiedet. Sie steht im Bundesgesetzblatt. Wir bekommen im November die Zahlen, auf die Frau Kohnen schon so lange wartet, nämlich vom Fortschrittsbericht. Wir werden diese so schnell wie möglich im Dezember veröffentlichen. Es geht darum, die von mir geschilderte Diskussionsgrundlage ergebnisoffen einzubringen. Das ist der Sinn eines Dialoges. Es ist der Sinn eines Dialoges, die gegebenen Fragestellungen miteinander in Bezug zu setzen. Das ist ein sehr komplexes Thema. Niemand wird das bestreiten. Es

ist nicht so eindimensional, wie manche das darstellen. Wir werden alle Fragen anhand der drei Leitfragen diskutieren: Ist die Energie bezahlbar? – Das ist entscheidend. Ist sie sicher, nicht nur herbeigerufen und gewünscht sicher? Ist sie letztendlich auch sauber? - Der Klimaschutz muss eine Rolle spielen.

Wir werden versuchen, die Fragen mit den Gruppen im Konsens zu lösen. Man wird eine Abwägung treffen müssen. Am Ende werden verschiedene Meinungen stehen. Wir haben aus gutem Grund alle gehört, und wir werden uns für einen bestimmten Weg entscheiden. Das ist der Sinn eines Dialoges.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist Ihre Meinung? Haben Sie ein Konzept?)

- Das ist der Sinn eines Dialogs; denn sonst brauchen Sie keinen Dialog zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden – das ist so ausgemacht – das dann auf Bundesebene einbringen, und wir werden darauf aufbauend das Energieprogramm vorlegen. Ich habe mich ganz bewusst für dieses Vorgehen entschieden. Ich habe auch auf Bundesebene gute Erfahrungen damit gemacht. Bei der "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" hat sich dieses System als gut erwiesen. Am Schluss waren alle froh und haben gesagt: Das ist ein Modell auch für andere komplexe Sachverhalte.

Ich stehe zu 100 % hinter der Energiewende. Sie ist lohnend für unser Land und ein großartiges Projekt, das wir auch zum Erfolg führen, wenn wir die richtigen Projekte in der richtigen Reihenfolge angehen. Das Vorgehen wird von allen Kompromissbereitschaft erfordern. Es wird keine hundertprozentig zentrale oder dezentrale Versorgung geben. Es wird keine Autarkie zu 100 %, aber auch keine Abhängigkeit zu 100 % von anderen bedeuten. Es wird letztendlich vielleicht nicht zu 100 % ökologisch, aber auch nicht zu 100 % kostengünstig sein. Wir müssen eine vernünftige Mitte finden.

Wir stehen nach wie vor mit großem Engagement für die Energiewende. Dort, wo Dialog gefragt ist, haben wir ein offenes Ohr. Das ist auch unsere Aufgabe. Wo Verhand-

lungen anstehen, gerade auch auf Bundesebene, sind wir durchsetzungsstark. Wenn Entscheidungen getroffen werden, tun wir das in Verantwortung für das Gemeinwohl. Das Gelingen der Energiewende – das ist uns sehr bewusst - hängt nicht von uns allein ab, sondern wir wollen und können sie nur gemeinsam mit den Menschen in unserem Land bewältigen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Ich eröffne die Aussprache. Nachdem die Ministerin knapp vier Minuten länger geredet hat als angekündigt, erhalten die Fraktionen ebenfalls entsprechend mehr Redezeit. - Das Wort hat zunächst Frau Kollegin Kohnen. Bitte schön, Frau Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Regierungserklärung weckt eigentlich hohe Erwartungen. Das liegt in der Natur der Sache. Bei "Wikipedia" findet sich die Definition: "Eine Regierungserklärung ist eine Erläuterung politischer Handlungen, Pläne und Absichten einer Regierung, ...". Bei der Energie sind die Erwartungen für heute per se sehr hoch gewesen, weil uns die Zeit durch die Finger rinnt; denn Bayern nutzt bei der Stromversorgung nach wie vor 46 % Atomstrom, und ab nächstem Jahr gehen die Atomkraftwerke sukzessive vom Netz, seit über einem Jahr gibt es seitens der bayerischen Regierung kein Energiekonzept mehr und damit auch keine Planungssicherheit für Investitionen.

Seit über einem Jahr müssen Projektierer, Kommunen, Bürgergenossenschaften und Wirtschaftsunternehmen ohne ein Energiekonzept in Bayern im Nebel herumstochern. Heute sollte der Vorhang gelüftet werden, wie es in unserem Freistaat mit der Energieversorgung weitergeht und welche Pläne und Absichten hinsichtlich der Energiewende in Bayern verfolgt werden.

Was haben wir als Antwort bekommen? - Einen Vortrag einer bayerischen CSU-Ministerin, die fast in zwei Dritteln ihrer Rede erklärt, was in der Bundesregierung seit – man höre und staune – dem Ereignis in Fukushima im Jahre 2011 alles nicht erledigt

wird, nicht umgesetzt wird. Es gab keine Antwort in puncto Energiewende. Ich glaube, wir sollten zu Beginn meiner Rede einen inneren Widerspruch der Energieministerin auflösen: Frau Aigner, Sie regieren nicht nur in Bayern, sondern Sie regieren auch in der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

In Berlin ist kein Ghostwriter am Werk. Nein, dort sind Sie mit Ihrem Ministerpräsidenten am Ruder. Sie von der CSU regierten dort mit ihrer Schwesterpartei CDU und der FDP übrigens auch im Jahr 2011 nach Fukushima, als die von Ihnen beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke auf Druck der Bürgerinnen und Bürger zurückgenommen werden musste. Insofern hat mich Ihre Aussage eben sehr verwundert, Bayern sei Vorreiter in der Energiewende gewesen und sei es immer noch. Ihr Kollege Söder hat damals erst nach Fukushima angefangen, eine grüne Krawatte zu tragen. Mein Freund Erwin Huber hat noch zwei Monate vor Fukushima für eine Laufzeitverlängerung von 15 Jahren bei den AKWs geworben. Frau Aigner, ich glaube, das mit der Vorreiterrolle lassen wir lieber einmal weg.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihren Ausführungen hat sich mir überhaupt nicht erschlossen, warum dreieinhalb Jahre nach Fukushima der richtige Zeitpunkt ist, grundlegende Fragen zu stellen und für die nächsten 20 Jahre zu entscheiden. Mal Hand aufs Herz, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU: Haben Sie sich bei dem Konzept "Energie innovativ" im Mai 2011 denn nicht die grundlegenden Fragen zur Energiewende gestellt? Wir – ich sage bewusst "wir"; denn alle Parteien haben diesem Konzept zugestimmt – haben uns die Fragen, die Sie heute stellen, schon damals gestellt. In dem Konzept "Energie innovativ", das im Jahr 2011 gemeinsam beschlossen wurde, waren wir uns alle in den Antworten einig. Bei dem Energiekonzept, das heute keine Gültigkeit mehr hat, haben Sie damals in einem Dialog, der zwar nur zehn Tage gedauert, aber zumindest hat er stattgefunden, alle Verbände einbezogen – von der Wasserkraft über die Windkraft bis

zu Solarkraft und Naturschutz. Schon damals haben Sie einen Dialog geführt, und wir hatten ein Konzept. Heute haben wir keines mehr.

Damals haben wir einen Ausbau der Windkraft auf 10 % beschlossen. Wie schaut es heute aus? – Die Planungen für den Windkraftausbau wurden in Regionalplänen vorangetrieben. Die Bürger vor Ort haben das gemeinsam mit den Kommunen geplant und umgesetzt, und zwar mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften. Das galt bis zum Sommer 2013. Der Ministerpräsident kam spontan mit einer sogenannten 10-H-Regel und hat das Ganze völlig ausgebremst. Am 20. November - das heißt, in vier Wochen, Frau Aigner - sind diese Regionalpläne, die zu der Planung, die Sie in der Hand hatten, beigetragen haben, ungültig. Sie wollen mir aber sagen, dass Sie die Kommunen mit der 10-H-Regel unterstützen und ihnen eine echte Planungssicherheit an die Hand geben. Wie kommen Sie darauf, dass Kommunen trotz Ihrer staatlichen Schikanen mit dem Windkraftausbau weitermachen? Wie kommen Sie darauf, dass wir das Ziel eines Anteils von 50 % der erneuerbaren Energien in Bayern erreichen?

(Beifall bei der SPD)

Das ist Utopie. Ihre Kollegen im Arbeitskreis Energie der CSU, den Sie erwähnt haben, haben am 7. Dezember 2013, vor knapp einem Jahr, ein interessantes Statement abgegeben. Ihr Kollege Balleis sagte damals: Mit dieser Einschränkung – er meinte 10 H – kann das Ausbauziel der regenerativen Energien keinesfalls eingehalten werden. – Sie haben heute das Gegenteil behauptet. Da haben wir wieder einen inneren Widerspruch der CSU.

Dann kamen Sie in Ihrer Regierungserklärung zu der spannenden Frage, was Sie nun tun wollen. Der Wärmesektor sei wichtig. – Ja, das stimmt. – Man müsse ganzheitlich denken und handeln, weil Sie den Klimaschutz als zentralen Punkt betrachten. – Diese Auffassung teile ich. Aber dann frage ich Sie, warum Sie unseren Gesetzentwurf für ein bayerisches Klimaschutzgesetz abgelehnt haben. Sie als CSU und CDU haben bei den Verhandlungen zur Großen Koalition ein nationales Klimaschutzgesetz

verhindert. Da frage ich mich, wie Sie darauf kommen, hier zu behaupten, Sie bewerteten Klimaschutz als zentrales Anliegen. Das müssen Sie mir echt nochmal erklären.

Beim zweiten, dem 10.000-Häuser-Programm für Bayern, sagen Sie, Wärme spiele eine große Rolle. – Das ist richtig. Im Frühjahr 2013 – da waren Sie noch nicht in diesem Parlament – hat sich Ihr Ministerpräsident in Bayern bei der Energieeffizienz mit dem 10.000-Häuser-Programm an das 100.000-Dächer-Programm der rot-grünen Bundesregierung zur Photovoltaik-Förderung angelehnt. Sie, Herr Seehofer, haben das für eine gute Idee gehalten. Sie sagen, Sie wünschen sich, dass wir dem zustimmen. – Ja, das tun wir. Wir sind Ihnen sogar beim Nachtragshaushalt zur Seite gesprungen und haben im April dieses Jahres fünf Millionen für das 10.000-Häuser-Programm beantragt. Und was haben Sie, die CSU, gemacht? – Sie haben das abgelehnt. Das müssen Sie mir auch nochmal erklären.

(Beifall bei der SPD – Volkmар Halbleib (SPD): Hört, hört! Das ist Konsequenz à la CSU!)

2013 wurde das 10.000-Häuser-Programm angekündigt. Wir haben jetzt 2014, und 2015 wollen Sie starten – zwei Jahre sind viel Zeit, die da vergeht. Ich glaube, dass dem Finanzminister ein Licht aufgegangen ist; anscheinend hat er gemerkt, dass er in den Doppelhaushalt jetzt etwas einstellen muss. Nur mal so viel zu dem Thema "Die Linke in dieser Regierung weiß nicht, was die Rechte macht". Ich glaube, Sie müssen sich verständigen.

(Beifall bei der SPD)

Keine Energiewende ohne Versorgungssicherheit – das ist richtig. Schauen wir uns doch mal den Weg an, den Deutschland unter schwarz-gelber Regierung – da waren Sie in Berlin und in Bayern dran – nach Fukushima eingeschlagen hat. Damals hat man recherchiert, wo welche Strompotenziale existieren und ausgeschöpft werden können. Der Norden eignete sich für Windkraft, haben Sie festgestellt, und der Süden gibt viel für Solar her. Man dachte über einen nationalen Kraftwerkspark nach. Begriffe

wie "Lastmanagement" fielen und fallen auch noch heute. Das alles ist richtig. Nachdem der Süden große Mengen an Atomstrom ersetzen muss, haben Sie national – Berlin und Bayern – einen Netzausbau mit Trassen von Nord nach Süd geplant. Deutschland sollte eine national gemeinsame Energiewende betreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist tatsächlich im Norden vorangeschritten. Dort wurde die Windkraft massiv ausgebaut, weil die Idee von Schwarz-Gelb war: Das muss alles erneuerbar sein. – Diese Auffassung teilen wir; die Energiewende muss auf die erneuerbaren Energien zielen. Der schwarz-gelben Regierung ging das aber nicht schnell genug. Der Ausbau der Stromtrassen sollte beschleunigt werden, und schließlich brachte Schwarz-Gelb 2013 einen beschleunigten Trassenausbau auf den Weg. Die Idee der damals oppositionellen SPD, man möge bei diesem Beschleunigungsverfahren Erdverkabelung vorsehen, wo möglich, und Mindestabstände zur Wohnbebauung einhalten, wo notwendig, haben Sie abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Das ist kein Jahr her. Ich sage Ihnen eines: Das wundert mich nicht; denn, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sogar AKWs dürfen in Bayern in nur hundert Metern Entfernung von der Wohnbebauung stehen. Von daher kann ich nachvollziehen, dass Sie diese Dinge bei Trassen ursprünglich auch nicht bedacht haben. – Das alles, Frau Aigner, lief so bis Anfang Februar dieses Jahres ab, als die Trassenplanungen von Ihnen erstmals vorgestellt wurden. Die Menschen in Bayern waren völlig überrascht, und Ihr Ministerpräsident schloss sich dieser Überraschung spontan an und hat allen versprochen, er verhindere die Trassen, die er interessanterweise selbst auf den Weg gebracht hatte. Gleichzeitig beschimpft dieser Ministerpräsident die Netzbetreiber, egal wie sie heißen, sie wollten sich mit dem Netzausbau angeblich nur die Taschen füllen. Man höre und staune: Das sagt derjenige, der den Netzausbau bestellt hat, und beschimpft damit denjenigen, der ihn ausführen soll. Er sagt auch noch sinngemäß, das seien alles Heuschrecken. – Wenn jemand einen Marktteilnehmer als Heuschre-

cke bezeichnet, frage ich mich, warum er den Netzausbau nicht in öffentlicher Hand betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Das fordert die SPD seit Jahren. Man kann über eine öffentliche Netz-AG nachdenken; man kann das in jeder Form aufbauen. Ihr Ministerpräsident bzw. die CSU hat aber tatsächlich die Bayernwerke, die in unserer Hand waren, in der Hand der bayerischen Bürgerinnen und Bürger, privatisiert. Das müssen Sie nun mal zugestehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war ein Riesenfehler!)

So funktioniert es nicht. – Frau Aigner: keine Trasse, kein Strom aus erneuerbaren Energien im Norden. Was tun? – Sie behaupten heute wieder: Jetzt machen wir alles mit vielen Gaskraftwerken. – Klar. Technisch – das sage ich Ihnen ganz ehrlich – kann man alles machen. Man kann Netze bauen, man kann Gaskraftwerke bauen. Jetzt frage ich Sie aber, woher das Gas kommen soll. Darauf habe ich hier keine Antwort gehört. In Ihren schriftlichen Ausführungen, die wir bekommen haben, steht, das alles sei kein Thema, weil die Russen auf Devisen angewiesen seien. Aber wir sind aufs Gas angewiesen. Was, glauben Sie, macht Putin? – Glauben Sie, er sagt: "Au Mann, ich bin auf Devisen angewiesen"? – Nein, Putin ist nicht zimperlich. Er weiß, wie man mit dem Gaspreis spielen kann. Das sage ich Ihnen. Wenn Sie behaupten, die Infrastruktur kriegen wir schon hin, entweder über die Ostsee-Pipeline oder wie auch immer von der Ukraine aus, so könnte das vielleicht sein. Ich behaupte, das ist ein Wagnis. Aber den Gaspreis können Sie nicht kalkulieren; das sage ich Ihnen ganz klar. Putin ist kein – ich sage einmal: – demokratisch-spaßiger Mann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ist ein lupenreiner Demokrat! Das hat ein roter Gazprom-Fürst einmal gesagt!)

– Ein lupenreiner Demokrat, exakt. – Wir werden auf das Gas angewiesen sein; wir werden damit erpressbar sein, und ich sage Ihnen: Sie geben bei der Gasmenge, die Sie haben wollen, die Energiewende aus der Hand.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer gesagt: Es wird eine Lücke bleiben; wir werden es nicht ganz mit erneuerbaren Energien schaffen. Aber die Lücke, die Sie jetzt mit Ihrer Politik hier in Bayern reißen, ist so groß, dass Sie so viel Gas brauchen werden, dass Sie automatisch in eine Abhängigkeit kommen werden, es sei denn – das unterstelle ich Ihnen nicht, ich sage das nur –, Sie wollen es eventuell selber machen. Da beobachten wir mit Spannung insbesondere das Verhalten der Abgeordneten der CDU, Ihrer Schwesterpartei, beim Thema Fracking. Was ist mit dem Stichwort Fracking? – Wenn Sie das völlig ablehnen, erklären Sie uns, wie Sie es mit dem Gas tatsächlich machen wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Methanisieren!)

– Ach, methanisieren! Oh, Herr Aiwanger, wir haben darüber schon letzte Woche diskutiert. Sie haben doch überhaupt keine Ahnung von chemischen Prozessen!

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch, das geht! Doch, doch! Glauben Sie mir!)

– Ja, bevor Sie hektische Flecken kriegen. – Aber bevor Sie Putins Gas kaufen, brauchen Sie erst einmal Gaskraftwerke. Sie wissen, dass sich Gaskraftwerke nicht rentieren; das haben Sie hier auch schon erläutert. Sie wissen auch ganz genau: Wenn Sie Gaskraftwerke bauen wollen, brauchen Sie Subventionen. Wenn wir Gaskraftwerke im Bau subventionierten, wäre das teuer für Bayern, wenn wir also auf die Trassen verzichten und selber bauen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben wir doch schon!)

Da also kam das magische Wort – es kam auch heute – von den Kapazitätsmärkten, die der Bund einrichten soll, damit es in Bayern nicht zu Stromengpässen kommt. Der Charme dieser Kapazitätsmärkte ist für mich ein ganz besonderer: Die Subventionen für die bayerischen Gaskraftwerke müssten dann alle Bundesbürger über ihre Stromrechnungen bezahlen, nicht nur die bayerischen Bürger, sondern alle. Sie verschweigen hier geflissentlich, dass Kapazitätsmärkte zur Versorgung bei Engpässen – – Darum ging es ursprünglich; da waren nämlich die Riesen-Gasmengen nicht geplant, die Sie jetzt brauchen, weil Sie hier ein solches Chaos verursachen. Die Engpässe hätten wir nämlich unter Umständen nicht durch einen Kapazitätsmarkt, sondern wir könnten sie über eine sogenannte strategische Reserve überwinden. Wir haben jetzt auch schon die Winterreserve für Gas hier in Bayern. Die strategische Reserve ist nämlich unter Umständen national gesehen deutlich günstiger. Aber das Problem bei der strategischen Reserve ist, dass sie Ihnen nicht den Bau der Gaskraftwerke finanziert.

Entschuldigen Sie, Frau Aigner: Für wie blöd halten Sie eigentlich die anderen Bundesländer? Die sehen doch alle, dass das Chaos hier in Bayern durch die Kapriolen des Ministerpräsidenten entsteht, dass die Energiewende so nicht funktioniert und dass sie verdammt teuer wird. Welchen Grund hätten sie, unser Chaos zu bezahlen? – Das steckt unter anderem hinter dem Kapazitätsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es unter Umständen in Deutschland aus? – Es ist schließlich eine nationale Energiewende; das haben Sie auch ein paar Mal betont. Im Norden ersaufen wir in erneuerbarem Offshore-Strom, und in den nächsten Jahren wird es im Süden Deutschlands knapp mit der Stromproduktion. Im Moment wird der Offshore-Strom aus dem Norden über Polen und Tschechien in den Süden Deutschlands transportiert. Die Netze der Polen und der Tschechen gehen aber in die Knie. Sie haben keine Lust mehr, Strom aus erneuerbaren Energien, den wir im Norden produzieren, zu transportieren, weil wir nicht in der Lage sind, ihn zu verteilen. Deswegen werden sie Phasen-

schieber einbauen und damit die Grenze dicht machen. Dann haben wir oben im Norden ganz viele erneuerbare Energien, unten aber wird es eng. Nachdem der Strommarkt, den Sie heute so oft zitiert haben, ein europäischer Markt ist, kommt der ins Schwanken, weil das System nicht mehr funktioniert. Dann kommen die zwei Strompreiszonen, über die in der letzten Zeit in der Presse sehr heiß diskutiert worden ist, damit der europäische Strommarkt wieder funktioniert.

Lieber Herr Seehofer, Sie haben diese Aussagen als Quatsch bezeichnet. Das war die Expertise von Wissenschaftlern; ich weiß nicht, ob das immer Quatsch ist. Frau Aigner, das haben Sie heute völlig ausgeblendet. Sie sagen dazu gar nichts. Ich sage Ihnen auch, warum Sie dazu nichts sagen: Es passt nicht zu Ihrer Argumentation. Sie tun so, als könne Bayern alles selber regeln. Wenn es nicht läuft, ist immer der Bund schuld. Damit kommen wir wieder auf die Spaltung Ihrer eigenen politischen Handlungsweise.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist immer das politische Grundprinzip!)

In Ihrer schriftlichen Regierungserklärung, die wir freundlicherweise vorliegen haben, haben Sie selbst einen Satz formuliert, den ich gelesen habe. Damit versuchten Sie zu erklären, warum es so vernünftig ist, die 10-H-Regel bei der Windkraft anzuwenden. Dieser Satz, so finde ich, bezeichnet wunderbar, wie Sie, die CSU, Ihre Energiepolitik in Bayern beschreiben. Das ist eine schöne Metapher. Ich zitiere, was Sie sagten oder zumindest schrieben:

Das ist Politik modernen Stils. Das ist unser Weg, uns kreativ mit komplexen Herausforderungen auseinanderzusetzen.

Damit erklären Sie die 10-H-Regel.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist die Propaganda der CSU!)

Nach dem, was ich heute Morgen von Herrn Spaenle gehört habe, könnte man diese Metapher wunderbar auf die Bildungspolitik übertragen. Am Ende steht immer die Note 6, und das nicht nur bei G 8/G 9, sondern auch bei Ihrer Energiepolitik.

Sie behaupten, man könne eine Energiewende nicht einfach abarbeiten. Sie sagen, das geht nicht. Ich sage: Das geht. Man nennt so etwas Projektplanung. Formulieren Sie verlässliche politische Rahmenbedingungen und Ziele, sodass sie nicht über den Haufen geworfen werden können. Dazu müssten Sie sich aber ein wenig freistrampeln von ihm, weil es sonst mit den verlässlichen Rahmenbedingungen ziemlich kompliziert wird. Ich sage Ihnen auch: Stoppen Sie die 10-H-Regel und lassen Sie die seit Jahrzehnten genutzten kommunalen Steuerungsinstrumente ihren Dienst tun!

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen oft, Sie hätten Technik studiert, Sie wüssten Bescheid. Ich habe auch in der Richtung studiert, nämlich Biochemie. Beide sagen wir, wir verstehen etwas davon. Wie fängt man denn an, wenn man ein Experiment macht? – Ich fange damit an, zu analysieren, was ich habe, was ich brauche und was ich zusammentun muss, um an ein Ziel zu kommen. Dieses Ziel muss ich aber formulieren. Das kann ich bei einem Experiment keinem Dialog überlassen, sondern ich muss wissen, was ich am Schluss haben möchte. Es wäre gut, das zu wissen.

Wie wäre das bei der Energiewende in Bayern? Ich sage Ihnen, wie es eventuell gehen könnte – ich würde es jedenfalls so machen –: Gehen Sie ran und stellen Sie flächendeckend Energienutzungspläne auf. Wir haben das bereits beim letzten Doppelhaushalt beantragt. Wir haben es auch jetzt wieder gemacht. Fördern Sie diese Pläne zu 100 %, und bleiben Sie nicht bei dem Coaching stehen, das Sie im Moment bei 200 Gemeinden machen. Stellen Sie flächendeckende Energienutzungspläne auf, dann wissen die Kommunen, was sie haben, was sie nutzen können und was sie einsparen können. Und dann stellen Sie endlich das verdammte Energiekonzept wieder auf. Sie können durchaus das Konzept "Energie innovativ" verwenden und das mei-

netwegen überarbeiten. Tun Sie aber etwas! Stellen Sie einen Projektplan für diese Energiewende auf!

(Beifall bei der SPD)

Ich war letzte Woche beim Bayerischen Gemeindetag. Es war der Tag, an dem die Themen auf der Einladung standen. Auch das Thema Energienutzungsplan stand auf der Einladung. Ich dachte mir, da gehe ich doch einmal hin. Ich hatte nicht beachtet, dass Herr Seehofer am Vortag seine Rede beim Gemeindetag gehalten hat. Da waren wohl viele CSU-Abgeordnete dort. An dem Tag, als es um die Themen ging, war keiner mehr da. Schade!

(Zuruf von der CSU: Da war eine Landtagssitzung!)

– Im Landtag war keine Sitzung; denn es war vormittags. Dumm! Sie haben so viele Kollegen, dass Sie einen hätten hinschicken können.

Worum ging es? Es ging um Energienutzungspläne. Und dabei erfuhr ich, dass Herr Brandl tatsächlich ähnlich denkt wie ich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollte zu denken geben!)

Ich meine, er ist ein Populist. Kein Thema! Populismus ist Ihnen, Herr Aiwanger, nicht fremd. Auf jeden Fall hat Herr Brandl auch gesagt: Machen wir flächendeckende Energienutzungspläne. Das meinen selbst die Kommunen. Ein echter Projektplan heißt: Was brauche ich? Ich formuliere Maßnahmen und setze sie um. Davon haben wir heute nichts gehört.

Was können Sie tun? – Ich fordere Sie auch dazu auf, außer Energienutzungspläne aufzustellen, die Leitungsfrage im Konsens mit den anderen Bundesländern zu klären. Dies ist in Ihrem Dialogprozess nicht eingeplant. Greifen Sie im Konsens mit den anderen Bundesländern auch die energetische Sanierung auf. Da können gute Vorschläge kommen. Machen Sie Vorschläge. Das kann funktionieren. Machen Sie es. Sie re-

gieren da oben. Aber wahrscheinlich – und das ist Ihr Problem – wachen Sie jeden Morgen auf und fragen sich: Was wird er wohl heute tun? Das ist, glaube ich, das Problem. Was wird er wohl heute tun? – Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Er versaut Ihnen ziemlich oft das tägliche Geschäft. Manchmal, wenn ich über Sie, Frau Aigner, nachdenke, denke ich mir: Sie vermissen Berlin. Es hilft aber nichts, Sie sind hier.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt müssen Sie seine Idee des Dialogs vollziehen. Deshalb frage ich Sie: Sollen am Schluss 100 % einverstanden sein? Sollen 100 % beteiligt werden? Wer nimmt denn an dem Dialog teil? Wer entscheidet denn? Bisher hatten wir Energieagenturen und Energiebeiräte im Wirtschaftsministerium. Die sind aber seit einem Jahr verschwunden. Sie haben über ein Jahr lang nicht mehr getagt. Wer hat denn daran teilgenommen? Daran haben alle die teilgenommen, die einmal "Energie innovativ" geplant hatten. Wenn ich es richtig verstanden habe, tagt am 3. November eine Energieplattform, an der genau die Energiebeiräte, die nach der Katastrophe von Fukushima ins Wirtschaftsministerium einberufen worden sind, wieder teilnehmen. Schade, dass sie ein Jahr Pause gemacht haben. Dann wollen sie wahrscheinlich noch Trassengeegner und Trassenbefürworter hinzuziehen.

(Markus Blume (CSU): Selbstverständlich!)

Ja, selbstverständlich. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich wünsche Frau Aigner wirklich einen interessanten Dialog. Das Problem daran ist, dass er gesagt hat: Da mische ich mich nicht ein, das liegt in ihrem Ressort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hört sich ganz gefährlich an!)

Das hört sich nicht gut an. Ich sage einen Satz, und den formuliere ich sehr freundlich. Der Satz heißt: Es klingt danach, dass die Nagetiere das sinkende Schiff verlassen. Für Nagetiere gibt es auch ein anderes Synonym.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kaninchen! – Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt den Kollegen Blume ans Rednerpult.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kohnen, ich hatte nach der letzten Plenarwoche ein wenig Hoffnung bei Ihnen. Damals hatten Sie eine sehr scharfe Beobachtung des Kollegen Aiwanger geliefert und auch sonst recht klug geredet. Diese Hoffnung haben Sie heute leider zunichte gemacht. Sie haben heute wieder das getan, was Sie auch sonst am besten können, nämlich an den Stellen zu jammern und zu nölen, wo es nichts zu jammern gibt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist jetzt aber ungerecht!)

Eine kurze Nachhilfe, Frau Kollegin Kohnen - dazu brauche ich nicht nachzulesen, das weiß ich -: "Regierungserklärung" heißt Kursbestimmung. In die Verlegenheit, eine solche Kursbestimmung vorzunehmen, werden Sie in diesem Hohen Hause nie kommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oje! Nicht so arrogant!)

Eine Kursbestimmung wird aber von uns erwartet, und das hat die Ministerin heute getan. Wo geht es hin mit der Energiewende? Was müssen wir dafür tun? Das ist verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben einen klaren Kurs für eine verantwortbare Energiewende. Unser Kurs folgt einem Zieledreieck; so lautet heute auch der Titel der Regierungserklärung: "Energie für Bayern – sicher, bezahlbar, sauber".

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ist das das Zieledreieck? – Markus Rinderspacher (SPD): Was hat Frau Aigner dazu gesagt?)

Sie machen es sich schon an dieser Stelle unlauter einfach – ich schaue den Kollegen Hartmann an und andere von den GRÜNEN, die sich nie um das Zieledreieck geschert haben, die gesagt haben, ihnen sei im Grunde wurscht, wie teuer der Strom wird, Hauptsache, er wird grün. Das ist aus unserer Sicht keine verantwortbare Energiewende.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch heute in der Debatte wieder den politischen Typus erleben, den der Ministerpräsident in der letzten Sitzung angesprochen hat: das politische Genie, das schon immer wusste, wie es gehen müsste, was von den anderen in der Regel aber nicht erkannt wurde.

Meine Damen und Herren, Bayern ist *das* Energiewendeland. Wir sind selbstverständlich Vorreiter.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß überhaupt nicht, Kollegin Kohnen, wie Sie dazu kommen zu behaupten, es gebe kein Energiekonzept. Selbstverständlich haben wir ein Energiekonzept, nämlich "Energie innovativ".

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Da haben Sie in der letzten Periode vielleicht nicht aufgepasst, Herr Aiwanger. Nach meinem Kenntnisstand ist "Energie innovativ" selbstverständlich nach wie vor die Leitplanke. Es ist angekündigt, das zu aktualisieren. Hier zu sagen, es gebe keinen Ausbau der erneuerbaren Energien und wir hätten keinen Plan, geht doch völlig an den Tatsachen vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Es stinkt mir, dass Sie jedes Mal, wenn wir über das Thema Energie reden, versuchen, alles schlechtmachen. Dabei würde ein einfacher Blick in die Statistik genügen, um festzustellen, dass Bayern tatsächlich Vorreiter ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war 1920!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Photovoltaik. – Herr Aiwanger, ich stelle fest: Das Einzige, was Sie können, ist schreien, aber das ist nicht sachlich und in der Sache auch nicht hilfreich.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne also das Beispiel Photovoltaik. Seit Fukushima hat die installierte Leistung in Bayern um 2,5 Gigawatt Peak zugenommen – mehr als in anderen Ländern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dafür hat Rot-Grün die Grundlage geschaffen!)

Beim Thema Wind haben Sie, Frau Kohnen, gerade wieder nahegelegt, dass es damit im Grunde in Bayern völlig aus sei. Von 2009 bis 2013 – die Ministerin hat es gesagt – hat sich die Kapazität aber verdreifacht.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Allein im Jahr 2013 sind in Bayern 98 Windkraftanlagen ans Netz gegangen, im ersten Halbjahr 2014 weitere 51.

Herr Rinderspacher, schauen wir uns doch einmal ein Land an, in dem Sie und die GRÜNEN zusammen regieren – ich meine Baden-Württemberg –, und vergleichen wir einmal, was die Länder seit Fukushima 2011 bis heute erreicht haben. Da haben wir in Bayern immerhin 217 Anlagen neu errichtet. 460 weitere sind aktuell im Genehmigungsverfahren. 217 Anlagen! Was denken Sie, wie viele es in Baden-Württemberg sind? 14! 14 Anlagen seit Fukushima, und seitdem gibt es dort eine neue Regierung. Jetzt müssen Sie mir erklären, was dort falsch läuft!

(Beifall bei der CSU)

Und noch interessanter ist, meine Damen und Herren: Wie können Sie sich erklären, dass in einem grün regierten Bundesland mit Unterstützung der SPD, nämlich in Baden-Württemberg, in dem jeder beschwört, wie wichtig die Windkraft ist, wobei es dort, glaube ich, keine Diskussion um das angeblich so kritische 10 H gibt, im Jahr 2014 nur eine einzige Windkraftanlage ans Netz gegangen ist? Ich verstehe das nicht. Aber das können Sie uns vielleicht noch erklären; denn dort tragen Sie Verantwortung.

Auch wenn wir die Energiewende insgesamt und ihre wirtschaftlichen Folgen betrachten, lohnt es sich, einmal auf die Zahlen zu schauen. Es gibt in keinem Land in Deutschland mehr Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind. In Bayern ist deren Zahl auf 7.700 gestiegen. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es jeweils nur 4.500.

Das gilt auch für die Energiegenossenschaften, meine Damen und Herren. In Bayern gibt es mehr Energiegenossenschaften als in jedem anderen Bundesland in Deutschland, allein im letzten Jahr 237. Das ist ein Viertel aller Energiegenossenschaften. Herr Aiwanger, da braucht man kein Förderprogramm, wie Sie das fordern. Die Menschen wissen, was zu tun ist. Jetzt überlasse ich es Ihrer Fantasie, zu erklären, was Sie glauben, wer dafür verantwortlich ist, dass Bayern so gut dasteht.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich behaupte nicht, dass das alles gutes Regierungshandeln ist. Aber Sie werden doch nicht ernsthaft behaupten, dass Sie mit dieser Erfolgsbilanz irgendetwas zu tun haben, Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt die zweite Stufe der Energiewende zünden. Das erste Drittel – die Ministerin hat es dargelegt – war die Phase, in der vor

allem der Zubau der erneuerbaren Energien organisiert ist bis zu dem Ausbaustand, den wir aktuell mit ungefähr 35 % erreicht haben.

Wir sehen doch alle, dass es beträchtliche Verwerfungen gibt, dass sich eigentlich notwendige konventionelle Kraftwerke nicht am Markt halten können, dass Speicherkapazitäten aus dem Markt fallen, da sie nicht wirtschaftlich betrieben werden können, dass es auch Effekte der Entsolidarisierung gibt. Auch dazu habe ich von Ihnen, Frau Kohnen, nichts gehört, obwohl das in Ihrer Partei eigentlich ein Thema sein müsste.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hat – auch das hat die Ministerin gesagt – maßgeblich an der EEG-Reform mitgewirkt, die ein notwendiger Schritt war. Da muss man die große Leistung erstens des Bundeswirtschaftsministers und zweitens im Zusammenwirken aller Ministerpräsidenten würdigen. Ich erinnere mich an die Meisterstunde, von der unser Ministerpräsident gesprochen hat.

Nun aber ist der richtige Fahrplan, die richtige Kursbestimmung für die zweite Stufe der Energiewende notwendig. Wenn man sich anschaut, was von Ihnen geliefert wird, stellt man fest, dass da im Wesentlichen nichts ist. Herr Kollege Hartmann, Sie werden nachher noch reden. Ich vermute, Sie werden heute wieder das Übliche tun: Sie glauben, dass die Energiewende allein durch das Beschwören von Zielen gelingt. Herr Hartmann, das erinnert mich nicht an verantwortungsvolle Energiepolitik, sondern mehr an Voodoo-Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU)

Das, was Kollege Aiwanger seit einiger Zeit im Parlament zu diesem Thema äußert, hat mit verantwortungsvoller Energiewende auch nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das, was Sie in der letzten Sitzung zum Thema Energiewende gesagt haben, ist tatsächlich der größte anzunehmende Unfug. Sie sind, wenn Sie so wollen, der GAU der Energiewende in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich hat mir gut gefallen, was Kollegin Kohnen in der letzten Sitzung gesagt hat. Sie hat gesagt – und das war wirklich eine scharfe Beobachtung, die ich mir aber nicht zwingend zu eigen machen würde –: Sie haben keine Ahnung von Energiepolitik. – Das war schon eine beachtliche Aussage.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Sie haben auch keine!)

Bei der SPD ist nicht so klar, wo sie steht. Man merkt es bei Ihnen, Herr Rinderspacher, Frau Kohnen, dass Sie schon spüren, dass Sie in Berlin jetzt auch mitregieren. Es sind also nicht nur wir, die mit dabei sind, sondern da sind auch Sie dabei. Aber wenn es um die bayerische Politik geht, fällt Ihnen wiederum gar nichts ein.

Zu dem, was die Ministerin als notwendigen nächsten Schritt skizziert hat, nämlich über ein neues Strommarktdesign zu reden, über den notwendigen Kapazitätsmechanismus, wollen Sie doch nicht ernsthaft sagen, dass Sie glauben, dass das nur etwas ist, was wir hier in Bayern brauchen. Schauen Sie sich doch einmal die Situation in Deutschland, ja sogar im benachbarten Ausland an. Die Tatsache, dass viele Stadtwerke heute in größten Schwierigkeiten sind, dass sich konventionelle Kraftwerke nicht mehr rentieren, Gaskraftwerke, Speicherkraftwerke und andere, hat doch genau mit diesen Marktverwerfungen zu tun. Darauf kann es nur eine Antwort geben, nämlich das neue Strommarktdesign, von dem die Ministerin gesprochen hat.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

– Das hat doch keiner gesagt. Die Ministerin hat von einem Kapazitätsmechanismus gesprochen. Aber welcher das sein wird, darüber ist jetzt noch auf Bundesebene zu reden. Wie Sie selber wissen müssten, gibt es dazu den Grünbuch-Prozess der Bun-

desregierung, in dem genau das ausdiskutiert wird, welcher der richtige Mechanismus ist.

Wir brauchen darüber hinaus – das hat die Ministerin gesagt – eine Wärme- und Effizienzwende. Auch das sollte man nicht vergessen.

Zum Thema Gas fällt mir noch etwas ein, Frau Kohnen. Sie haben das irgendwie so dargestellt, als ob Gas keinen nennenswerten Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten könnte. Danach haben Sie eine Girlande in Richtung Putin geflochten. Wenn ich mich richtig erinnere, arbeitet dieser sogenannte lupenreine Demokrat doch für ein Unternehmen, für das auch der frühere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland tätig ist. Ich wollte nur in Erinnerung rufen, dass da irgendetwas war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie müssen hier Ihre Hausaufgaben machen! Wir sind hier nicht im Bundestag, sondern im Bayerischen Landtag!)

Meine Damen und Herren, es geht jetzt um einen klugen Mix, nämlich darum, das zu ersetzen, was in den nächsten Jahren in Bayern wegfallen wird. Dazu muss man über Netzertüchtigung, über Speicher und über Ersatzkapazitäten reden. Wie dieser Mix aussieht, meine Damen und Herren, darüber müssen wir miteinander reden, darüber müssen wir auf der Energieplattform mit Experten reden, darüber müssen wir aber auch mit den Bürgern reden.

Deswegen, meine Damen und Herren, nenne ich als nächsten Hauptpunkt: Wir wollen die Bürgerenergiewende, das heißt, eine Energiewende, die die Bürger mitnimmt. Ich würde mir, ehrlich gesagt, in der heutigen Debatte wünschen, dass Sie das nicht geringreden und nicht sagen, die haben wieder keine Ahnung, wir wollten die Bürger schon vor drei Jahren fragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir auch!)

Meine Damen und Herren, jetzt ist genau der Zeitpunkt gekommen, wo wir uns in diesen Fragen der Energiewende bewegen, wo diese schwierigen Zielentscheidungen zu

treffen sind, nicht früher und nicht später. Deswegen ist das Zeitfenster für diesen Energiedialog richtig, deswegen ist das Format für den Energiedialog an dieser Stelle auch richtig gewählt.

Wir sollten uns nicht gegenseitig vorwerfen, dass wir es uns bei diesem Thema leicht machen würden. Keiner von uns tut das. Wir erleben natürlich in jeder Partei, dass es ein Ringen um den richtigen Weg gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte keine Ahnung!)

Ich finde in jeder Partei, Herr Aiwanger, Windkraftgegner. Ich finde in jeder Partei Leute, die mit Pumpspeicherkraftwerken Schwierigkeiten haben. Genau diese schwierige Abwägung, wie nämlich der Energiemix für das zweite Drittel der Energiewende aussieht, in einem geordneten Verfahren zu treffen, ohne sich im Landtag gegenseitig nur anzuschreien, wie Sie das mit Vorliebe tun, Herr Aiwanger, halte ich für einen sehr guten Vorschlag, der geeignet ist, die Energiewende tatsächlich im Konsens zu organisieren. Jetzt liegt es an Ihnen, verehrte Mitglieder der Opposition, ob Sie das tatsächlich wollen, oder ob diese Sonntagsreden über Konsens in der Energiewende immer nur etwas sind, was sich gut nach außen machen soll, während Sie tatsächlich nur Ihre parteipolitischen Spiele betreiben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass bei der Energiewende Herz und Verstand zusammenfinden. Wir glauben nicht nur an den Erfolg der Energiewende, sondern wir machen sie zum Erfolg. Ich habe es gesagt: Kein Land ist so weit wie Bayern. Alles, was kurzfristig beeinflussbar war, haben wir beeinflusst.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Das, was mittelfristig an Kursbestimmung notwendig ist, das werden wir in dem gerade skizzierten Verfahren organisieren.

Meine Damen und Herren, Bayern – so, meine ich, kann man mit Fug und Recht sagen – ist auf gutem Wege in der Energiepolitik dank der CSU, aber im Moment ohne die Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt den Kollegen Glauber ans Rednerpult.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste im Haus! Kollege Blume, wenn Sie davon sprechen, dass es jetzt auf die Opposition ankommt, wie man mit der Energiewende weiter verfährt, muss ich sagen: Nicht die Opposition ist gefragt. Sie haben mit uns in der Energiekommission ein Jahr lang darüber diskutiert, was wir tun können.

(Markus Blume (CSU): Da waren Sie nicht dabei!)

Am Ende waren wir bei einem Konsens, 60 Millionen Euro zum Beispiel für ein Gebäudesanierungsprogramm auszugeben.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Daran haben wir ein Jahr lang gearbeitet. Die Einzigen, die nach einem Jahr ausgestiegen sind, waren Sie von der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt sagen Sie, Sie brauchen uns, die Opposition, damit wir die Energiewende im Konsens gestalten. Wir haben versucht, mit Ihnen die Energiewende zu machen.

Die Schonzeit ist jetzt auch für die Ministerin zu Ende. Ich habe gesagt, sie ist neu, sie soll sich erst einarbeiten. Heute sind aber alle Fragen offen geblieben. Am Ende der Rede der Ministerin bleibt die pathetische Aussage: Es ist eine Schicksalsfrage für

Bayern. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass die Ministerin am Ende die Schicksalsfrage Bayerns an die Energiewende knüpft und dann dazu alle Fragen offen lässt, nur in den Dialog treten will, ohne konkret zu sagen, was sie überhaupt tun will.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kollege Blume, Sie sagen hier: Bayern ist spitze. Schleswig-Holstein hat einen Anteil von 90 % erneuerbarer Energien, Mecklenburg-Vorpommern von 88 %, Brandenburg von 82 %, und wir haben 35 % bei historisch 20 % Wasserkraft. Eine hervorragende Leistung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Ministerpräsident erzählte hier: Fukushima verändert alles; wir werden das leuchtende Beispiel in Deutschland sein. – Ja, wir sind leuchtend auf Platz sieben. Das haben wir Ihnen zu verdanken. Jeden Tag eine neue Aussage! Sie verunsichern die Menschen. Sie nehmen sie eben nicht mit, und Sie werden damit nichts erreichen.

Was ist passiert unter Ihrer Verantwortung? – Ein 3D-Windatlas, ein Pumpspeicherkataster, ein Windkrafteinsatz, der zum Handeln aufgerufen hat, das kommt aus Ihrer Feder. Aber jetzt sagen Sie, Sie müssten erst eine Bestandsaufnahme machen. Wie kommen Sie dazu, dass Sie eine Bestandsaufnahme machen müssen, wenn Sie eigentlich Handlungsgrundlagen geschaffen haben? Sie wollen sie jetzt nicht mehr beachten, weil sie Ihnen unbequem und unlieb sind. Ich kann verstehen, dass Sie sich erst wieder ins Schneckenhaus zurückziehen und lieber auf Dialog setzen wollen. So werden wir aber keine Energiewende hinbekommen.

Herr Blume sagt, wir sind bei der Windkraft besonders toll. – Ja, wenn ich das Niveau niedrig ansetze, dann kann ich besonders toll sein; von 0,5 % auf 1,5 % bei der Windkraft: eine grandiose Leistung!

Dann hatten wir den Windkrafteinsatz, und wir hatten die Bürger bei diesem Prozess dabei. Wir hatten die regionalen Planungsverbände bei diesem Prozess.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Erwin Huber sagte letzte Woche im Wirtschaftsausschuss: 100-prozentig machen wir die Regionalpläne nicht zur Grundlage der neuen 10-H-Regel. Das ist genau dieser Sachverhalt, der Ihnen in der CSU schon einmal auf die Füße gefallen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das war damals, als Erwin Huber sagte: Wenn man den Teich austrocknen will, sollte man nicht die Frösche fragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kommt wieder, das sage ich Ihnen. Die Frösche, wie Sie die Bürger bezeichnen, haben Energienutzungspläne erstellt, haben die regionale Energiewende gemacht, haben die Energiewende gelebt. Denen kommen Sie mit einer 10-H-Regelung zuvor, weil Sie glauben, hier in München, im Landtag, wüssten wir besser, wie die Energiewende funktionieren muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Kollege Hofmann, entspannen Sie sich einmal! Sie kriegen sonst Pusteln im Gesicht. Jetzt reicht's!

Vorhin wurde gefragt, ob wir FREIE WÄHLER Verantwortung übernehmen. – Ja, wir haben draußen die Verantwortung in der Energiewende übernommen.

(Markus Blume (CSU): Für den Widerstand!)

In den Landkreisen, über die Gemeinderäte, über die Bürgermeister haben wir Verantwortung übernommen. Wir haben Ja gesagt zur regionalen dezentralen Energiewende, die Sie jetzt verkünden. Wir haben Ihnen 2011 ans Herz gelegt, eine Bestandsauf-

nahme, eine Landkreisschau zu machen, in allen Regierungsbezirken regionale Energieagenturen einzusetzen, eigentlich in jedem Landkreis. Entwickeln Sie die Energiewende über die Landkreise und versuchen Sie dann, zu substituieren. Dazu muss man eine Bestandsaufnahme machen, die Sie nie wollten.

Ausbauziele: Sie haben davon gesprochen – damals unter dem heutigen Finanzminister Söder –, dass wir in Bayern 1.000 bis 1.500 Windräder haben wollen für die Energiewende. Das war natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass wir in Bayern einen Anteil von 50 % Atomkraft haben. Das habe ich verstanden. Aus den 1.500 Windrädern sind bis dato 290 geworden. Bei den 290 setzen Sie den 10-H-Deckel drauf. Sprich: Aus Ihrem Ziel von 1.500 wurden schlappe 290.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Wasserkrafterlass: Nichts – Fehlanzeige! Gebietskulisse Wasserkraft – hören wir nicht.

(Markus Blume (CSU): Gibt es doch schon längst!)

Wir haben auch heute nichts gehört, was über 2021 hinaus passieren wird. Wir diskutieren über einen Anteil von 50 % bis 2021. Wie soll es aber danach weitergehen, wenn wir die Atomkraft in Bayern nicht mehr haben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Periode waren die Kolleginnen und Kollegen der SPD mit uns zumindest einig, dass die Ausweitung der Erleichterungen und Begünstigungen im Energiebereich von 500 auf 2.500 Unternehmen nicht redlich ist und die Energiewende eigentlich verteuert. Kein Wort mehr von Kollegin Kohnen dazu! Das Thema ist jetzt anscheinend ad acta gelegt. Ich kann das natürlich verstehen. Jetzt haben wir eine Große Koalition; der Wirtschaftsminister heißt Gabriel. Jetzt ist die Subventionierung großer Unternehmen plötzlich kein Thema mehr. Natürlich spielt auch die Last, die die Allgemeinheit tragen muss, keine Rolle mehr. In der letzten Periode hat das noch eine Rolle gespielt.

Kollege Blume spricht davon, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Genossenschaften die Energiewende gelebt haben. – Ja, das haben sie. Ihre Ministerin hat an diesem Rednerpult gerade verkündet, dass sie das Ausschreibungsmodell für das richtige Modell in der Energiewende hält. Genau dieses Ausschreibungsmodell – das sage ich Ihnen voraus – wird diese Genossenschaften, diese Bürgerenergiegewende zum Erliegen bringen. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann auch nur ein Münchner sagen, der solche Genossenschaften nie erlebt hat. Sonst würden Sie wissen, wie die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema stehen. Hier zu sagen, wir sind für das Ausschreibungsmodell, mit uns wird es in Zukunft Genossenschaften geben, ist eine Frechheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Am Ende.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jawohl, danke schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Stromnetze und Stromnetzausbau: Wir sind gegen diese HGÜ-Trassen. Wir bleiben auch bei unserer Meinung gegen diese HGÜ-Trassen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Nehmen wir das Beispiel Grafenrheinfeld. Wenn man diese HGÜ-Trasse erst 2023 ans Netz bringen will, obwohl Grafenrheinfeld im Jahr 2015 abgeschaltet wird, muss man fragen, was zu tun ist. – Sie müssen den Hochspannungsübertragungsnetzbereich ausbauen. Die Thüringer Strombrücke ist angesprochen worden. Diese tragen wir mit. Sie ist richtig. Wir haben einen Ostbayernring. Auch da haben wir Hochspannungsübertragungsleitungen. Sie umschiffen diese Frage aber immer. Wir sagen: Der Verteilnetzausbau muss bei einer dezentralen, lokalen Energiewende mitgehen. Er muss das Rückgrat bilden, damit diese Energiewende funktioniert.

Wir haben vorgeschlagen, die Verrechnung für Investitionen ins Netz jahresgenau zu machen. Heute bekommen die Netzbetreiber über ein Basisjahr nur alle fünf Jahre ihre Investitionen zurück. Damit werden vier Jahre lang Netzinvestitionen verschleppt. Schaffen Sie die Voraussetzungen, damit Netzinvestitionen jährlich umgesetzt werden können.

(Zuruf von der CSU: Das wurde schon vorgeschlagen!)

Wir haben hierzu einen Antrag gestellt; den haben Sie abgelehnt. Wenn Sie unserem Vorschlag folgen, bekommen Sie einen wachsenden Verteilnetzausbau, der genau dieses Rückgrat bildet.

Sie sagen, unsere Wirtschaft leidet darunter, wenn wir nicht genügend Strom erzeugen. Die Energiewende gilt bei Ihnen immer nur für den Stromsektor. In Ihrer Rede haben Sie, Frau Ministerin, das Gebäudeprogramm etwas gestreift. Die Energiewende entfällt zu 20 % auf Strom, zu 30 % auf Verkehr und zu 50 % auf Wärme. Aber alle diskutieren nur diese 20 % Strom. Davon sind in Deutschland auch noch 10 % Exportstrom. Das ist so viel wie noch nie zuvor. Wieso haben wir so viel Exportstrom? – Weil nach der jetzigen Regelung Braunkohlekraftwerke ans Netz gegangen sind und der CO₂-Emissionshandel nicht funktioniert. Dazu kam kein Wort von Ihnen, Frau Ministerin. Eine Tonne emittiertes CO₂ sollte ursprünglich 30 Euro kosten; sie wird jetzt für vier Euro verschербelt. Ich dachte, wir sind zur Energiewende auch angetreten, um die CO₂-Emissionen und damit den Treibhauseffekt zu reduzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war der ursprüngliche Gedanke der Energiewende. Wo ist dieser Gedanke geblieben?

Ich kann Sie verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Die Debatte darüber ist nicht angenehm. Die Politik von Frau Kraft und in Brandenburg zwingt Sie offenbar

dazu, nun plötzlich nicht mehr über solche Themen wie CO₂-Zertifikate oder die Besteuerung von CO₂-Emissionen zu reden.

Wenn wir über einen Kapazitätsmarkt sprechen, gibt es nur eine Antwort: Wir müssen einen fokussierten Kapazitätsmarkt schaffen, um das Thema CO₂ zu eliminieren. Der fokussierte Kapazitätsmarkt muss dafür sorgen, dass CO₂-emittierende Kraftwerke wie die Braunkohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Im Prinzip müssen die heute nicht wirtschaftlichen Gaskraftwerke wie Irsching, die heute 400 Stunden im Jahr am Netz sind, mit steuernden Instrumenten, die wir einführen müssen, als CO₂-reduzierende Kraftwerke gefahren werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das steuernde Instrument ist eben ein auf den Faktor CO₂ fokussierter Kapazitätsmarkt. Damit bekommen wir ganz neue Möglichkeiten.

Uns ist immer vorgeworfen worden, dass wir mit der Methanisierung, also mit der synthetischen Herstellung von Gas, nicht weiterkommen. Wir haben einen Gasspeicher und damit einen großen Vorteil. Über die Gasverstromung können wir ganz andere Wirkungsgrade erzielen.

Ich habe es bereits bei der letzten Plenardebatte gesagt und werde es heute wiederholen: Wenn 50 % der Energiewende auf Wärme entfallen muss, muss man die Kraftwerke zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen. Dann muss man Strom und Wärme möglichst vor Ort produzieren, weil genau diese 50 % zu ersetzen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir sprechen von Gebäudesanierung. Sie sprechen von einem 10.000-Häuser-Programm. Zu Recht hat Kollegin Kohnen festgestellt, dass dieses 10.000-Häuser-Programm im Prinzip schon im Jahre 2013 angeschoben wurde. Sie haben es jetzt wieder aufgewärmt. Ich frage mich: Wo sind da unsere bayerischen Anstrengungen? Wir

haben 8.000 staatliche Gebäude. Wo gibt es ein kommunales Gebäudesanierungsprogramm? Wohin geht da Ihre Stoßrichtung, meine Damen und Herren? Wo finde ich da Engagement bei Ihnen? Ich sage Ihnen, dass wir damit 50 % der Energiekosten einsparen könnten. Sie aber bleiben vage und sprechen von einem 10.000-Häuser-Programm, dessen Grenznutzen sehr fragwürdig ist. Es geht um Häuser, bei denen für eine minimale Einsparung ein enormes Invest notwendig ist. In der Fläche haben wir strahlende Heizkörper, an die wir überhaupt nicht denken.

Sie haben gefordert, dass der Wirtschaftsminister in Berlin endlich für Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in die Gebäudesanierung sorgen soll. Wer regiert denn in Berlin? Schaffen Sie es, diese Abschreibungsmöglichkeiten herbeizuführen! Damit wäre uns geholfen.

(Unruhe und Zurufe)

Hören Sie sich doch einmal an, was das Problem bei der Gebäudesanierung ist: In München zum Beispiel beträgt der Energiekostenanteil an der sogenannten zweiten Miete 15 %. Schauen Sie einmal nach Franken; dort beträgt er 60 %.

Sie müssen zwei Antworten geben: Sie brauchen zum einen die Abschreibbarkeit von Investitionen für die Situation in München, und Sie brauchen zum anderen für Regionen wie Ostbayern Ansätze für eine geförderte Gebäudesanierung.

(Zuruf von der CSU: Das passt gar nicht zusammen!)

– Doch, Herr Kollege, das passt zusammen. Sie müssen etwas für die Regionen tun. Das ist regionale Wirtschaftspolitik. Das ist Regionalentwicklung. Aber dazu brauche ich Ihnen doch nichts zu erzählen.

(Zurufe von der CSU)

Ein Wort zur Stromspeicherung; die ist angesprochen worden. In der momentanen Situation betreffen 50 % der Energiewende die Wärmeversorgung und 25 % den Ver-

kehr. Die Energie gehört in einen Tank, wenn ich die Mobilität aufrechterhalten will. Ich brauche eine hohe Energiedichte bei geringem Volumen. Sie müssen für Methanisierung sorgen. Das ist unser Ansatz. Sie müssen dafür sorgen, Wasserstoff in einen Träger zu bekommen. In Erlangen gibt es ein serienreifes Modell. Sie müssen nur hinfahren und sich ansehen, wie man Wasserstoff in einen Träger packt. Sie können ihn in einen Tank geben. Dann brauchen wir nicht über die Notwendigkeit von HGÜ-Trassen zu diskutieren. Wir schaffen damit Mobilität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das können Ihnen Audi und BMW gut erklären. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Bayern mit BMW und Audi Marktführer in der Forschung zur Mobilität. Beide Firmen haben in verschiedenen Feldern vorgelegt: Audi bei der Methanisierung, BMW bei der Elektromobilität. Deutschland braucht als Flächenland mit großen urbanen Räumen für die Mobilität die Reichweitenverlängerung. Aber dazu benötigen wir auch Aussagen der Wirtschaftsministerin, wie sie sich das Thema Mobilität generell vorstellt. Wir müssen erfahren, wie der Anteil von 25 % substituiert werden soll und wie die Energie in die Fahrzeuge gebracht werden soll. Dafür gibt es Partner. Sie als Wirtschaftsministerin haben zum Verkehrsbereich aber nichts gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin, Sie haben am Anfang Ihrer Rede von einer Schicksalsfrage für Bayern gesprochen. Sie haben aus meiner Sicht heute die große Chance vertan, zu sagen, wie Bayern die Energiewende herbeiführen und dabei ein leuchtendes Beispiel sein will. Sie sind die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Sie sagten wiederum, es müsse zunächst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht werden und Sie müssten zunächst in einen Dialog eintreten. Wenn Sie die Mobilität zur Schicksalsfrage machen, dann sage ich Folgendes: Mein eigenes Schicksal habe ich nicht allein in der Hand. Die Zukunft Bayerns möchten wir als FREIE WÄHLER aber in der Hand haben; wir möchten sie gestalten und nicht zum Schicksal werden lassen.

Frau Ministerin, Sie verweisen in Ihrer Rede zehnmal auf den Bund. Ich frage mich, wo wir hier sind. Sind wir hier in einer Plenardebatte des Bundestages, oder sind wir hier im Bayerischen Landtag? Ich kann gar nicht verstehen, warum Sie so lange geklatscht haben. Im Prinzip ist alles vage geblieben. Zehnmal wurde der Bund verantwortlich gemacht. Sie haben aber nicht gesagt, was Sie in Bayern tun wollen, wie Sie in Bayern die Energiewende gestalten wollen.

Kolleginnen und Kollegen, wir in Bayern, die Ingenieure und unser Handwerk, können die Energiewende gestalten. Sie wird ein Motor und ein Wirtschaftsfaktor für unser Handwerk sein. Hierzu wären Antworten der Wirtschaftsministerin gefragt gewesen. Wir FREIE WÄHLER werden die Energiewende mit oder ohne CSU angehen. Das sagen wir Ihnen voraus. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Über den einen oder anderen Punkt, den Frau Kohnen vorgetragen hat, wird man diskutieren können. Das hatte Substanz. – Herr Glauber, Sie hingegen haben plakative Überschriften vorgetragen, die von Substanzlosigkeit geprägt waren. Da ist überhaupt nichts vorhanden.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Sie so verstanden, dass die FREIEN WÄHLER in Bayern den Dialog mit den Menschen, mit der Bevölkerung, ablehnen. Das ist gut zu wissen. Ich freue mich, dass Sie es heute so deutlich formuliert haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Glauber hat gesagt, die Menschen wollen Windkraft. Ich stelle die Frage, wie es in Ihrer Heimatgemeinde Pinzberg aussieht. Dort wollen die Menschen die Windkraft

nicht. Dazu gibt es einen Gemeinderatsbeschluss. Wo war Herr Glauber? – Er war gemeinsam mit seinem Kumpel in Bayern auf der Flucht, um irgendwelche Volksaufstände zu propagieren. So ist die Lage.

(Beifall bei der CSU)

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern; denn wir wurden von ihnen gewählt. 25 % der bayerischen Gemeinden stehen Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister von den FREIEN WÄHLERN vor. Wir übernehmen Verantwortung, auch wenn Sie das nicht hören wollen. Wir werden immer im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Um jedoch einen Dialog führen zu können, muss ich vorher wissen, über was ich rede. Die Ministerin ist heute in ihrer schwafeligen Rede jedoch so vage geblieben, dass wir gar keinen Dialog führen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zu Ihrer Frage: Im Gemeinderat von Pinzberg gab es drei Abstimmungen zur Windkraft. Ich konnte bei einer Abstimmung nicht teilnehmen, aber bei zwei Abstimmungen war ich dabei. Ich habe zweimal gegen alle anderen Gemeinderatskollegen für die Windkraft-Vorrangfläche gestimmt. Ich habe von drei Abstimmungen in zweien dafür gestimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ruhe, Hofmann!

(Widerspruch bei der CSU – Markus Blume (CSU): Selten so etwas Dummes gehört! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte Sie um Ruhe. Sparen Sie Ihre Energie.
– Herr Glauber, kommen Sie bitte zum Ende. Sie haben noch 33 Sekunden.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin als einziger Gemeinderat bei meiner Meinung geblieben und habe mit 1.300 Stimmen die meisten Stimmen bei der Gemeinderatswahl bekommen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, bitte ich Herrn Hartmann ans Rednerpult.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Staatsministerin Aigner, eigentlich wollte ich mich nach Ihrer ersten Regierungserklärung zur Energiepolitik direkt an Sie als zuständige Ministerin wenden. Sie geben zur Energiepolitik aber leider weder die Richtung noch das Tempo vor. Sie haben die undankbare Rolle, die ständigen Wirrungen Ihres Ministerpräsidenten verteidigen zu müssen. Er sitzt auch schon an Ihrer Seite. Deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich mich heute direkt an Herrn Seehofer wende.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Er ist ja da!)

Einige von Ihnen, die schon länger dem Hohen Haus angehören, kennen sicher noch die Zeiten, als es in Energiedebatten nur zwei Gegensätze gab: Auf der einen Seite standen diejenigen, die für ein sauberes Energiesystem eingetreten sind, also für den Umweltschutz. Diese Leute hatten meistens die Wirtschaftsverbände und die Unternehmen gegen sich. Auf der anderen Seite standen die klassischen Wirtschaftslobbysten, die für die Atomkraft und die fossilen Energieträger eingetreten sind. Sie hatten meistens die Naturschützer gegen sich. Ministerpräsident Horst Seehofer ist der Einzige, dem es gelungen ist, beide Gruppen gegen sich aufzubringen, die Naturschutzverbände genauso wie die Industrie.

(Markus Blume (CSU): Dann muss der Weg richtig sein!)

Ich zitiere Herrn Driessen von der IHK: Die Wenden in der Energiepolitik sind Gift für die Wirtschaft. Das ist keine Aussage der GRÜNEN. Die IHK hat aber völlig recht. Die Deutsche Umwelthilfe spricht von einer Gefährdung der Energiewende. Auch sie hat recht. Heute wissen wir doch, dass Umwelt und Wirtschaft keine unversöhnlichen Gegensätze mehr sind, sondern Hand in Hand funktionieren können, auch bei der Energiewende. Nur der Ministerpräsident weiß das anscheinend immer noch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben seit Jahren einen Stillstand in der bayerischen Energiepolitik. Genau das Gegenteil ist aber gefragt. Wir brauchen einen Wettkampf der Ideen, keinen ideenlosen Ministerpräsidenten. Wir müssen die Energiewende in Bayern gestalten. – Sehr geehrter Herr Seehofer, vielleicht könnten Sie mir kurz zuhören und sich an der Debatte beteiligen. Herr Seehofer, es ist Ihre Aufgabe, die Energiewende mitzugestalten. Das ist auch Ihre Verantwortung für dieses Land.

Ihre Ministerin hat heute von der Großartigkeit der Energiewende gesprochen und davon, wie lohnend diese Energiewende ist, wenn sie richtig angestellt wird. Was haben wir denn in den letzten Monaten erlebt? – Wir haben einen Ministerpräsidenten erlebt, der Nein zur Windkraft sagt, der Nein zu Speichern sagt und Nein zum Netzausbau. Mit diesem dreifachen Nein sagen Sie Nein zum System der erneuerbaren Energien und Nein zu einer sicheren, dauerhaft sauberen und vor allem unabhängigen Energieversorgung mit all ihren Vorteilen für unser Land. Sie wissen ganz genau: Ohne eine Stromspeicherung wird es nicht funktionieren. Sie alle in diesem Hohen Hause wissen, vielleicht außer Herrn Aiwanger, der gerade nicht da ist,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch, da bin ich!)

dass die Energiewende ganz ohne Stromleitungsbau und einen Umbau der bestehenden Infrastruktur nicht funktionieren wird. Sie wissen auch ganz genau: Ohne Wind und Sonne als Rückgrat der Energieversorgung wird die Energiewende nicht gelingen. Nur Wind und Sonne sind wirklich unbegrenzt verfügbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte Herrn Kollegen Blume ein Beispiel nennen, da er vorher gesagt hat, uns wären die Kosten der Energiewende völlig egal. Wir reden von Investitionen in ein neues Energiesystem. Dass dafür zunächst einmal Geld in die Hand genommen werden muss, ist klar. Herr Blume, wenn Sie heute eine neue Windkraftanlage installieren, produziert sie Strom günstiger als ein neues Gaskraftwerk. Das zeigt: Der Ausbau der Windkraft ist nicht nur der ökologischen Verantwortung geschuldet. Es ist auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft, auf die Windkraft zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Blume (CSU): Erklären Sie uns, was Sie in Baden-Württemberg machen!)

- Darauf komme ich nachher gerne zurück. – Lassen Sie uns der Windkraft in Bayern eine Heimat geben. Cancelln Sie 10 H nicht nur in den Köpfen! Ziehen Sie auch Ihren Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt gehe ich gerne auf das Thema Baden-Württemberg ein; hier brauchen wir uns nämlich nicht zu verstecken. Bis zum Jahr 2011 wurde Baden-Württemberg von einer schwarz-gelben Regierung geführt, Seite an Seite mit Seehofer. Im Jahr 2009 hat diese Regierung für Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken gekämpft. Sie ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen: Sie hat die dortigen Atomkraftwerke gekauft, die wir jetzt an der Backe haben. Diese Regierung hat noch etwas anderes getan: Sie hat alle Möglichkeiten der Gesetze und der Landesplanung genutzt, um die Windkraft zum Erliegen zu bringen.

Die grün-rote Regierung hat zum 1. Januar 2013 diese Regelungen geändert. Wenn zwei Jahre nach dem Regierungswechsel in Bayern etwas umgesetzt würde, wäre ich sehr froh. Ich habe mir soeben die Zahlen geben lassen: Den Landratsämtern Baden-Württembergs lagen, Stand 2011, Genehmigungsanträge für 264 Windkraftanlagen

vor. Außerdem gab es 232 Voranfragen für den Bau von Windkraftanlagen. Seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes gibt es dort 400 Genehmigungsanfragen für neue Windkraftanlagen. In Bayern bricht die Anzahl der Genehmigungsanfragen ein. Wer ist also der Spitzenreiter, und wer bricht ein? Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Blume (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Ein weiteres Thema: Bereits auf der zweiten Seite der Regierungserklärung sprechen Sie davon, dass Bayern Vorreiter bei der Energiewende sei. Ich kann nichts dafür, dass Ihnen Ihre Beamtinnen und Beamten immer noch die uralten Regierungserklärungen auspacken. Ich verstehe das nicht mehr. Fangen wir einmal etwas weiter hinten an: Ich habe mir die Zahlen für das Jahr 2009 herausgesucht. In Schleswig-Holstein betrug damals der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung 60 %. Sie erzählen, im Jahr 2013 wäre ein Anteil von 35 % der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung Spitze gewesen. Wo leben Sie eigentlich?

Ein weiteres Beispiel: Brandenburg liegt vor uns. Wir sind in den letzten Jahren von einem Spitzenplatz auf Platz sechs oder sieben im Ländervergleich abgerutscht. Das ist unter dieser Staatsregierung passiert. Wir sind also nicht mehr Spitzenreiter; wir sind gerade noch im Mittelfeld.

Auf einen weiteren Aspekt möchte ich zu sprechen kommen. Er war bei der Regierungserklärung von Ilse Aigner heute entscheidend. Sie haben ganz klar gesagt, dass Sie nicht das Ziel 100 % erneuerbare Energien haben. Sie streben eine Fifty-fifty-Lösung an, bei der es 50 % erneuerbare Energien gibt. Übrigens werden wir dieses Ziel in den nächsten Jahren erreicht haben. Andere Länder haben dieses Ziel deutlich übertroffen. Auf der anderen Seite wollen Sie 50 % alte, dreckige Energien. Das ist Ihre Energiewende. Das ist definitiv nicht unsere Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei diesem Thema sprechen wir immer wieder davon, dass die Energiegewinnung mithilfe von Gaskraftwerken eine relativ teure ist. Das habe ich vorhin ausgeführt. Diese Form der Energiegewinnung bringt aber noch einen anderen gewaltigen Nachteil mit sich, nämlich eine gigantische Abhängigkeit von Erdgas. Dieses Problem können Sie auch nicht mit einer nationalen Reserve lösen. Wir alle kennen diese Problematik von der Erdölreserve. Bei politischen Spannungen hilft sie uns meistens nicht wirklich weiter. Sie können damit überbrücken, aber eine echte Versorgungssicherheit schaffen Sie damit nicht. Oder Sie öffnen letztlich die Hintertür für das Fracking in Bayern, um die Situation zu meistern. Auch das ist nicht unsere Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich auf einen weiteren Punkt in Ihrer Regierungserklärung eingehen. Sie haben davon gesprochen, dass die Energiewende nur mit den Menschen in Bayern gelingen kann. – Das ist vollkommen richtig. Die Menschen in Bayern arbeiten seit Jahren an der Energiewende. Sie können von Mittenwald bis Aschaffenburg und von Lindau bis Hof fahren: Sie werden überall motivierte Energiegenossenschaften finden; Sie werden überall Kommunen finden, die mit ihren Stadtwerken die Energiewende anpacken möchten und die Herausforderungen vielleicht durchaus als Chancen begreifen und daran arbeiten. Die Menschen sind nach unserer Auffassung bereit für die Energiewende und wollen daran arbeiten. Ich bin überzeugt: Sie kann zum Erfolg geführt werden. Entscheidend ist, dass die politischen Weichen richtig gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit Bayern zum Land der Energiegewinner wird, sind drei Bedingungen ganz entscheidend, die sich der Ministerpräsident aufschreiben müsste: Verlässlichkeit, Entschlossenheit und etwas Mut, die Energiewende zum Erfolg zu führen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sie dann gelingen kann.

Auch vom Folgenden bin ich überzeugt: Liebe Ilse Aigner, Sie verfügen in Ihrem Ministerium sicherlich über eine ganze Reihe hoch motivierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Lassen Sie diese bitte ihre Arbeit machen! Ich bin überzeugt, sie werden Lösungen präsentieren. Dann müssten Sie nicht so eine Regierungserklärung wie heute abliefern, in der Sie neunmal auf Berlin verweisen und nicht die Probleme anpacken, die in Bayern anstehen. Ich nenne ein Beispiel, das darin gar nicht aufgetaucht ist: Zu dem flexiblen Einsatz von Biomasseanlagen, wie er im "Bayernplan" vorgesehen ist, haben Sie kein einziges Wort gesagt. Während der letzten zwei Jahre war dies ständig ein Thema. Man muss leider zur Kenntnis nehmen: Eine Energiewende wird es mit dieser Regierung in Bayern nicht geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Einen Moment, bitte. Verbleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Hartmann, Sie haben alte, dreckige Energieträger erwähnt. Wie passt es zusammen, dass auch in Ihrer Verantwortung in Nordrhein-Westfalen der alte, dreckige Energieträger Braunkohle eine Renaissance erlebt?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich weiß nicht, in welchem Zeitalter Sie leben. Das muss man, mit Verlaub, leider so deutlich sagen. Welche Regierung hat denn in Nordrhein-Westfalen erstmalig dafür gesorgt, dass ein schon geplanter und genehmigter Kohletageabbau nicht ausgeweitet und zurückgeführt wird? Welche Landesregierung war das? – Ich glaube, die Antwort können Sie sich selber geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Kirchner zum Rednerpult.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich beginne, muss ich auf Herrn Hartmann Bezug nehmen. Herr Hartmann, in Ihren Ausführungen haben die vermeintlichen Kernkompetenzen der GRÜNEN völlig gefehlt. Wo war der Klimaschutz, wo war der Umweltschutz und vor allem, wo war die Lösung? – Ich denke, diese Ziele werden an dieser Stelle gar nicht mehr verfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie das Thema Windkraft ansprechen, sollten Sie die richtigen Zahlen zur Kenntnis nehmen. Sie führen die 10-H-Regelung an. Festzustellen ist, dass deswegen bei der Nachfrage überhaupt keine Veränderung stattfindet. Die Investoren haben ihre Anlagen in der Pipeline; immerhin befinden sich rund 460 Anlagen im Genehmigungsverfahren. Sie können doch nicht behaupten, dass die 10-H-Regelung im Moment irgendeinen negativen Einfluss auf die Windenergienutzung hat. – Herr Glauber, geht es Ihnen gut?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ja!)

Hat sich der Knoten im Kopf wieder aufgelöst?

(Beifall bei der CSU)

Sie sind von links nach rechts und von oben nach unten gesprungen. Mir war es nicht möglich, dies nachzuvollziehen. Letzte Woche hat Ihr Vorsitzender, Herr Aiwanger, den Vogel schon abgeschossen und hat sich, um mit den Worten von Frau Kohnen zu sprechen, disqualifiziert. Heute haben Sie noch eins draufgesetzt. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Kehren wir wieder zur konstruktiven, sachlichen Debatte zurück.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht? Das ist Ihre Devise!)

Unsere Ministerin hat vorhin in ihrer Regierungserklärung aufgezeigt, dass Sie das Thema Energiewende in Bayern ernst nimmt. Damit Sie vom Wiederholungseffekt profitieren, betone ich gerne nochmals: Bayern ist Spitzenreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Bereits heute beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien 35 %. Das erklärte Ziel sind 50 % bis 2021. Der Bund und andere Länder würden die Hände ringen, wenn auch sie diese Ziele erreichen könnten. Bayern hat die Nutzung der Windkraft in der Vergangenheit verdreifacht, und Bayern scheint momentan das einzige Land zu sein, das im Rahmen der Energiewende auch von einer Wärmewende spricht und diese in den Fokus nimmt. Das 10.000-Häuser-Programm und die Energieeffizienz sind schon angesprochen worden. Frau Kohnen, eines muss ich schon erwähnen:

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Haushaltsanträge dazu bisher abgelehnt, Herr Kollege!)

- Ich rede mit Frau Kohnen, Herr Halbleib. – Sie haben das vorhin angesprochen. Dazu stelle ich fest, dass in den Koalitionsverhandlungen genau dieser Aspekt von Ihrer Partei weggestrichen worden ist.

Bayern zeigt jetzt wieder, dass es Vorreiter, ja Spitzenreiter ist. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin Aigner, ich muss Ihnen auch als Bürger dieses Landes meinen besonderen Dank aussprechen. Während andere ihre Lobbyarbeit pflegen, Ideologien folgen und sich wie Lemminge die Klippen hinabstürzen,

(Lachen bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind humorbegabt, Herr Kollege!)

zeichnen Sie sich zum jetzigen Zeitpunkt durch Ihren Mut aus. Ich meine den Mut, sich gerade jetzt zu positionieren, die vielen konträren Meinungen zu verifizieren und vor allem, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Damit erweist sich der Dialogprozess als sehr wichtig und richtig.

(Beifall bei der CSU)

Frau Ministerin, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Energiewende ein komplexer Prozess ist. Gerade jetzt ist der richtige Moment; denn es geht um die Big Points der Energiewende, die Big Points für Bayern. Jetzt wird geklärt, ob Bayern für die nächsten 40 Jahre in eine Einbahnstraße einbiegt, in der keiner mehr nach links oder rechts schauen kann, oder ob Bayern weiterhin innovativ in eine sichere Zukunft geführt wird.

Die Ziele sind klar definiert: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit. Genau hier legt der Freistaat Bayern momentan den Finger in die Wunde. Die aktuellen Rahmenbedingungen in Deutschland sind nicht zielkonform. Das Gegenteil ist eher der Fall: Es gibt es eine Vielzahl von Zielkonflikten.

Ich denke dabei als Erstes an die massive Windstromproduktion im Norden Deutschlands, an die klimaschädliche Stromerzeugung aus Kohle in der Mitte und zuletzt an den Transport dieser Strommengen über große Trassen in den Süden Deutschlands. Die Zielkonflikte sind klar. Die volatile Energie steht im Widerspruch zur Versorgungssicherheit. Sie müssen die Kohlekraftwerke im Verhältnis zu Ihrem CO₂-Ausstoß sehen, Herr Hartmann. Teure Trassen ohne Transparenz finden keine Akzeptanz. Wie sieht es im Übrigen mit den Netzentgelten aus? Es wird darüber diskutiert, ob man den Strom künftig entsprechend der Distanz verrechnen wird. Wo bestehen dann Sicherheit und Ausgeglichenheit?

Jetzt gilt es, Klarheit zu schaffen, wie die verbleibenden 60 % an konventioneller Energie auch in Zukunft gesichert werden können. Hierzu muss auch die Frage der dezentralen Grundversorgung in Bayern geklärt werden. All das steht übrigens auch im Koalitionsvertrag. Dabei ist es legitim, über die Voraussetzungen zu sprechen, wie der Betrieb von Gaskraftwerken in Bayern, Herr Aiwanger, sowohl als Reservekraftwerke als auch für die Grundlast möglich ist. Unsere Ministerin hat nun genau diesen Prozess eingeläutet. Eine Energieversorgung, die nur auf Kohle und subventionierte er-

erneuerbare Energien setzt, war und ist nicht das Ziel der Energiewende. Diese Energieversorgung ist weder zuverlässig noch umwelt- und klimaschonend.

Kommen wir zu den Stromtrassen. Im Koalitionsvertrag steht, dass für das Gelingen der Energiewende eine breite Akzeptanz der Bevölkerung notwendig sei. – Bei diesen Worten sehe ich extra nach oben. Über diese verfügen wir in diesem Fall überhaupt nicht. Bisher ist die Notwendigkeit von Stromtrassen weder plausibel dargelegt noch gibt es belastbare Angaben über deren tatsächliche Kosten. Wer die Trassen als einzige Lösung in den Vordergrund stellt und forciert, übergeht die Bürger und plant an der Realität vorbei. Wie sieht überhaupt das Optimierungspotenzial der bestehenden Leitungen aus? Neue Stromtrassen bedeuten einen massiven Eingriff in die Landschaft und in die Natur, und sie zerstören die Heimat vieler unserer Bürger. Deshalb hat die Optimierung von Bestandsnetzen Vorrang vor dem Neubau, gerade auch im Hinblick auf die Netzstabilität.

Die nächste Frage lautet: Wie sieht es mit Speichertechnologien aus?– Herr Hartmann, auch in diesem Punkt widersprechen Sie sich – Stichwort Moratorium Pumpspeicherkraftwerke. Das Speicherproblem, von dem alle Welt spricht, scheint lösbar zu sein. Das ist einem Artikel in der letzten Ausgabe der "Bayerischen Staatszeitung" vom 17. Oktober zu entnehmen. Beim LOHC handelt es sich um eine wasserstoffbasierende Speicherlösung, die in Erlangen entwickelt wurde. Power to Gas – Audi wurde vorhin angesprochen. Ich nenne auch die Firma Areva in Arzberg in Oberfranken. Würden die HGÜ-Trassen einfach durchgedrückt werden, hätten wir in Bayern keinen Raum mehr für Innovationen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sandro Kirchner (CSU): - Ja, wenn ich fertig bin.

Die Staatsregierung trägt Verantwortung für Bayern. Daher legt sie zu Recht großen Wert auf eine saubere Klärung all dieser Fragen. In Bayern darf es keine Stromtrasse geben, deren Bedarf nicht zwingend erwiesen ist. Eine der Ihnen bekannten Zeitun-

gen, die "Süddeutsche Zeitung", hat am 6. Oktober geschrieben: Bayerns Wirtschaft unterstützt in dieser Frage Ministerpräsident Seehofer. Herr Brossardt stellt hierzu fest: Der Leitungsausbau ist kein Selbstzweck. Inzwischen sieht das auch Bundesminister Gabriel so, Frau Kohnen. Einigkeit besteht darin, dass die Energiewende nicht im Konflikt gelingen kann. Es geht um einen Masterplan für das kommende Jahrzehnt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir heute erwartet!)

Herr Glauber, der Dialogprozess ist die Grundlage für die Big Points. In den nächsten Monaten führen wir einen umfangreichen Dialog mit Experten und vor allem mit der Bevölkerung. Wir werden noch einmal über die Stromleitungen, neue Gaskraftwerke und das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien sprechen müssen. In dieser Zeit fallen keine Entscheidungen zu den einzelnen Themen. Ziel ist es, die Ergebnisse im Februar präsentieren zu können.

Sie haben vorhin schon richtig erkannt, wohin die Ministerin den Ball gespielt hat, nämlich zum Bund. Dorthin gehört er; denn dort müssen die Fragen geklärt werden. Der Bund steht in der Pflicht. Wir erwarten das bereits mehrfach geforderte und längst überfällige Gesamtkonzept. Die bayerischen Vorschläge, die heute von der Ministerin und im Übrigen auch von anderen und insbesondere vom Ministerpräsidenten aufgezeigt worden sind, müssen dort angemessen berücksichtigt und gewichtet werden. Ein solches Gesamtkonzept ist die Voraussetzung für die Zustimmung Bayerns zu allen weiteren Plänen. Wenn wir diesen Plan verfolgen, werden wir das Ziel erreichen. - So, Herr Hartmann.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Herr Kollege Hartmann, bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kirchner, ich habe zwei ganz konkrete Fragen. Sie haben gesagt, ich sei für ein Moratorium bei Pumpspeicherkraftwerken.

Sandro Kirchner (CSU): Sie haben sich gegen das Moratorium ausgesprochen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich möchte die Frage bitte beenden. Sie haben mir vorgeworfen, dass ich die Pumpspeicherkraftwerke bremsen möchte. Das habe ich jedenfalls so verstanden. Glauben Sie nicht, dass die Bremsung eher von der Regierungsbank ausgeht und definitiv nicht von der GRÜNEN-Fraktion?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen von Ihnen angesprochenen Punkt verstehe ich ebenfalls nicht; Sie haben von der 10-H-Regelung gesprochen und gesagt, diese hätte keine Auswirkungen. Die 10-H-Regelung kommt am 12. November in den Landtag und tritt wohl am 20. November in Kraft. Schon die Ankündigung im Jahr 2013, dass 10 H kommt, hatte Auswirkungen. Im Jahr 2011 gab es 540 Anfragen für Windkraftanlagen. Seit der Ankündigung der 10-H-Regelung bis zum September 2014 hat es nur noch 76 Anfragen für Windkraftanlagen gegeben. Sie sagen, die Regelung hätte keine Auswirkungen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sandro Kirchner (CSU): Herr Hartmann, jetzt sind wir bei dem Punkt, den ich Ihnen zu Beginn vorgeworfen habe. Sie sollten einmal Ihre Zahlenbasis prüfen und vielleicht verifizieren. Aktuell befinden sich 460 Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren. Im ersten Halbjahr 2014 sind bereits 51 Anlagen genehmigt worden.

(Widerspruch von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

- Herr Glauber, ich rede mit Herrn Hartmann. – Wir befinden uns auf dem Vorjahresniveau. Bevor Sie im Chor schreien, sollten Sie sich überlegen, ob es auch sein könnte, dass die lukrativen Standorte mittlerweile alle ins Auge gefasst sind und nur noch schwer neue rentable Standorte in den Fokus genommen werden können.

(Christine Kamm (GRÜNE): Eine Verdreifachung der Anlagen auf 1,5 %! So toll sind wir in Bayern nicht!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sind Sie fertig? Sie haben noch eine Minute und 14 Sekunden Redezeit übrig.

Sandro Kirchner (CSU): Ich bin fertig.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Stümpfig an das Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich auf die Anmerkungen der CSU-Kollegen eingehen. Herr Kirchner, Sie haben Ihren Beitrag mit den Worten begonnen, wir hätten als Opposition keine Lösungen zu bieten. In Ihrer Rede, der ich gelauscht habe, haben Sie eigentlich nur Fragen aufgezählt: Wie viel Windkraft gibt es in Norddeutschland? Wo sollen die Leitungen hin? Sie haben auf die dreckige Kohleverstromung in Mitteldeutschland verwiesen. Sie sprechen von einem Masterplan, den man irgendwann erstellen sollte und könnte. Das, was Sie vorgetragen haben, war komplett substanzlos. Es war nichts dran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines möchte ich sagen: Sie haben Herrn Glauber gefragt, ob sich bei ihm ein Knoten im Kopf gelöst habe; diese Wortwahl ist diesem Haus nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Blume hat noch einmal gesagt, dass sich die Windkraft verdreifacht habe. Heute ist bereits gesagt worden, dass sich die Windkraft von 0,5 % auf 1,5 % verdreifacht hat. Herzlichen Glückwunsch, das ist ein unglaublicher Erfolg. Da sind wir in Bayern spitze, weil wir von einem ganz niedrigen Niveau starten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Blume (CSU): Versuchen Sie, uns einmal Baden-Württemberg zu erklären!)

- Sie haben die Situation in Baden-Württemberg noch nicht begriffen. Es ist doch ganz klar: Die schwarze Regierung in Baden-Württemberg hat über Jahrzehnte hinweg gebremst. Wir haben keine Detailaufnahmen zu artenschutzrechtlichen Belangen. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung – saP – notwendig. Wir haben nichts. Wir haben keinen Windatlas. Das alles hat die grün-rote Regierung erst erstellen müssen. Im Januar 2013 hat die Regierung gesagt: Jawohl, das Landesplanungsgesetz wird geändert. Seitdem sprießen die Anfragen aus dem Boden. Was machen wir? Bei uns geht die Zahl der Anfragen nach unten. In Bayern geht es nach unten, in Baden-Württemberg geht es nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn Ihnen die vorgetragenen Zahlen, die ich nicht wiederholen will, nicht eingängig sind, dann brauchen wir einen Holzhammer. Mit Argumenten kommen wir hier anscheinend nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Aigner, in Ihrer Regierungserklärung hat mir die Vision gefehlt. Wo wollen wir hin? Wir wollen einen großen Anteil erneuerbarer Energien. Wir wollen zu 100 % erneuerbare Energien. Wir wollen zeigen, dass die Energiewende eine riesengroße Chance ist – für uns, für unsere Bürger, für den globalen Klimaschutz. In Bayern sind wir Vorreiter. Wir können das. Wir haben so viele Unternehmen, wir haben so viele Bürger, die anpacken. Die Vision und Begeisterung von Ihrer Seite hat mir gefehlt. Sie

haben immer nur gesagt: Die erneuerbaren Energien können es nicht leisten, weil sie zu teuer sind, die erneuerbaren Energien sind nicht verlässlich. Auf diese Weise kann ich niemanden überzeugen. Sie müssen doch die Bürger mitnehmen und sie von einer Energiewende überzeugen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Dialogprozess stimmen wir natürlich zu; Dialog ist immer gut. Aber: Warum findet dieser Dialog hinter verschlossenen Türen im Wirtschaftsministerium statt? Was ergibt das für einen Sinn?

(Markus Rinderspacher (SPD): Der große Bürgerdialog!)

- Der große Bürgerdialog. Die Tatsache, dass dieser über das Internet verbreitet wird, erinnert mich an den Dialogprozess in der EU zum Thema TTIP. Das sollte nicht gerade das Vorbild sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ein Großteil Ihrer Rede hat sich heute hauptsächlich an den Ministerpräsidenten gerichtet. Sie sagten, wie wichtig Versorgungssicherheit sei und dass es nicht sein könne, dass die Industrie mehrmals vom Netz gehen müsse. Die Person, die unsere Industrie in den letzten Wochen massiv verunsichert hat, waren Sie, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Aigner, ich hoffe, dass Ihre Botschaft auf der anderen Seite der Regierungsbank angekommen ist. Das ist ein ganz heißes Eisen, mit dem wir momentan spielen. Sie wollen keine neuen Windkraftanlagen; Sie wollen keine Pumpspeicherkraftwerke, da diese angeblich nicht rentabel sind; Sie wollen keinen Ausbau der Übertragungsnetze. Das verunsichert unsere Wirtschaft massiv. Bei dem Stichwort Verunsicherung komme ich zu meinem Lieblingsthema 10 H. Die 10-H-Regelung zeigt ganz genau,

was die Bayerische Staatsregierung macht. Letzte Woche hatten wir das Thema wieder im Wirtschaftsausschuss. Herrn Vorsitzenden Huber ist es schwergefallen, zu sagen, dass die 10-H-Regelung die Windkraft in Bayern wirklich voranbringt. -Es ist Ihnen fast im Hals stecken geblieben, aber Sie sind so lange im Geschäft, dass Sie es doch über die Lippen bringen. Sie haben ein Hohelied auf die Bürgergenossenschaften gesungen. Sie sind enorm wichtig. Aber was Sie momentan in Bayern bei 10 H machen, zieht diesen Genossenschaften komplett den Boden unter den Füßen weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben keine Chance mehr, ihre Projekte umzusetzen. Ich habe gestern über Umwege zufällig eine E-Mail eines CSU-Abgeordneten bekommen, der sich bei einem Projektteam, das seit zwei Jahren dran ist und etwas umsetzen möchte, mehr oder weniger entschuldigt. Er entschuldigt sich für 10 H und sagt, wenn schon gewisse Investitionen getätigt seien, dann habe man auch einen gewissen Vertrauensschutz. – Dieser Vertrauensschutz ist bei 10 H überhaupt nicht gegeben,

(Erwin Huber (CSU): Doch!)

nur wenn ich einen genehmigten Vorbescheid im Punkt Bauleitplanung habe. - Herr Huber, Sie wissen das ganz genau. Sie müssen jetzt nicht den Kopf schütteln. Sie wissen es ganz genau. Frau Simet hat es uns in der letzten Ausschusssitzung erklärt: Nur wenn ich einen genehmigten BImSchG-Antrag oder einen Vorbescheid genehmigt auf den Teilaspekt Bebauungsplan habe, kann ich noch vor dem Inkrafttreten der 10-H-Regelung auf eine Genehmigung hoffen. Wir werden alles tun, damit sie nicht in Kraft tritt. Momentan steht auch die CSU-Fraktion nicht hinter 10 H. Sie wissen ganz genau, dass vor Ort viele Projektanten sind, die darauf hoffen, dass ihr Projekt endlich umgesetzt wird. Aber dann haben Sie auch den Mut, hier im Haus Ihre Meinung zur 10-H-Regelung klar zu sagen! Sie stehen doch nicht dahinter.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Über einen Satz bin ich gestolpert, ein Zitat von Ihnen, Frau Aigner: "Ich danke den Gemeinden, Landkreisen und regionalen Planungsverbänden für ihr großes Engagement für die Energiewende". Sie danken den regionalen Planungsverbänden. Ich bin jetzt seit mehreren Monaten im regionalen Planungsverband. Wenn die Mitglieder das hören, fallen sie von den Stühlen, weil Sie genau das, was sie in den letzten Jahren im regionalen Planungsverband erarbeitet haben, mit Ihrem Beschluss komplett in die Tonne werfen. Herr Huber, Frau Kohnen hat Sie heute schon zitiert. Wir sind doch nicht so dumm, hat Herr Huber letzte Woche im Ausschuss gesagt, und geben den Regionalplänen Bestandsschutz. 10 H greift dann nicht mehr. Das ist doch die Tatsache.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Seien Sie ehrlich!)

- Danke. - Seien Sie ehrlich und sagen Sie den Bürgern draußen Ihre ehrliche Meinung! Das haben sie verdient. Sie wollen die Windkraft kaputt machen; Sie wollen hier keine weiteren Windanlagen. Das macht unseren Mittelstand im Bereich Windkraft kaputt. Sie machen aber auch den Mittelstand im Bereich Biogasanlagen kaputt. Da haben Sie im Bund auch nichts erreicht. Auch in der Photovoltaik haben unsere Unternehmen momentan massive Schwierigkeiten. Das ist Ihr Verdienst auf dem Gebiet der Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. An Ihrer Regierungserklärung ist mir am meisten aufgestoßen, dass Sie die Energiewende schlecht machen, dass man die Chance, die wir mit erneuerbaren Energien haben, nicht zeigt. Wenn Sie von einer vernünftigen Mitte mit ungefähr 50 % Anteil der erneuerbaren Energien reden, dann ist mir das wirklich zu wenig. Wir stehen in Bayern schon heute bei knapp 40 %. Das verdanken wir unserer Topografie und der Wasserkraft, aber nicht gerade der Bayerischen Staatsregierung. Wir haben in Bayern wahnsinnig große Potenziale, die wir nutzen müssen. Da ist nach oben noch viel mehr Luft. Wenn Sie jetzt sagen, bis 2021 wollen

Sie 50 % haben, dann ist das gerade einmal eine Steigerung von gut 10 %. Wow! Da können wir doch mehr, und die Bürger in Bayern können mehr. Ob die Staatsregierung mehr kann, weiß ich nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eher nicht!)

Auf jeden Fall werden wir als Opposition alles tun, um sie kräftig anzuschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Noch drei Sätze zum Thema Kapazitätsmarkt. Wir sind uns darin einig, dass der Energy-Only-Markt nicht alles lösen kann. Es ist klar, dass wir einen gewissen Kapazitätsmarkt brauchen. Aber für uns ist ganz wichtig, dass die aktuellen Überkapazitäten abgebaut werden. Wir exportieren momentan in großem Maße Strom aus Bayern. Momentan besteht das Problem eher darin, dass 13.000 Megawatt an Leistung aus der Produktion genommen werden sollen. Das sind aber genau die falschen Kraftwerke.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das sind nämlich die Gaskraftwerke, die flexibel sind und einspringen können, wenn die Sonne und der Wind als Säulen unseres Energiekonzepts nicht scheint bzw. weht. Dann brauchen wir diese Gaskraftwerke. Wir brauchen als Erstes einen konkreten Ausstiegsplan aus der Kohlekraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie: Setzen Sie sich in Berlin dafür ein, dass wir endlich von der dreckigen Kohle wegkommen. Dann haben auch die Gaskraftwerke wieder eine Chance. Wir haben in Bayern in den nächsten zehn Jahren überhaupt keinen Bedarf für einen Neubau. Ich spreche mich hier gegen den Neubau von Gaskraftwerken aus. Wir haben über 4.000 Megawatt installierter Gaskraftwerksleistung, die letztes Jahr nur zu 18 % gelaufen sind.

(Natascha Kohnen (SPD): Eben!)

Die Gaskraftwerke sind da; wir brauchen keine neuen. Wenn wir welche bauten, wären das wirklich Subventionsgräber. Ich bitte darum, sich neue Gaskraftwerke aus dem Kopf zu schlagen. Wir haben genügend davon. Wir müssen sie nur in den Markt hineinbekommen. Dafür ist dieser Kapazitätsmarkt sicherlich nicht schlecht, aber er muss anders gestaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach unserem Modell brauchen wir ein Lastmanagement. Das heißt, wir brauchen kontrahierbare Verträge mit Kühlhäusern usw., die gegebenenfalls vom Netz gehen können. Wir brauchen mehr Speicher. Dabei ärgert mich, dass Sie zwar eine sehr gute Studie zum Thema Pumpspeicherkraftwerke vorgelegt haben, aber gleichzeitig sagen, das rentiere sich nicht. Rentieren sich momentan denn die Gaskraftwerke? Ich kann doch nicht die Pumpspeicher mit einem Federstreich wegwischen und gleichzeitig stark auf Gaskraftwerke setzen. Die rentieren sich momentan doch auch nicht. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Speicher wirklich in den Markt kommen.

Der dritte Punkt betrifft die Deckung des Restbedarfs durch Gaskraftwerke über den Kapazitätsmarkt, aber genau in dieser Reihenfolge und nicht anders. Sie sagen: sauber, sicher und bezahlbar. Die Gaskraft kann das nicht erfüllen. Die Klimaziele sind nicht erreichbar, wenn wir massiv auf Gaskraftwerke setzen.

(Natascha Kohnen (SPD): Eben!)

Es ist auch nicht sicher. Frau Kohnen hat es schon gesagt: Für Russland sind die Devisen überlebenswichtig. Wenn das eine sichere Energieversorgung sein soll, möchte ich nicht wissen, was bei Ihnen unsicher bedeutet.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Schließlich komme ich auf Ihr Argument der Bezahlbarkeit zu sprechen. Schauen Sie sich doch einfach mal an, wie die Preissteigerungen bei den fossilen Energieträgern in den letzten Jahren und Jahrzehnten waren und wie sie bei den erneuerbaren waren. Bei den fossilen Energieträgern gehen die Preise hoch, bei den erneuerbaren sinken sie, sehr stark sogar.

Abschließend komme ich noch zum Thema Effizienz. Sie sprechen von einer Wärmewende. Ich bin sehr froh darüber und spreche hier ein ausdrückliches Lob dafür aus, dass Sie dieses Thema ansprechen und auf die Tagesordnung bringen. Aber dann muss es sich auch im Haushalt widerspiegeln.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Genau!)

Für die staatlichen Gebäude haben Sie momentan 25 Millionen Euro eingestellt. Bei mir zu Hause in Feuchtwangen wird derzeit die Realschule saniert. Das kostet 15 Millionen Euro – für die Sanierung einer einzigen Schule. Sie stellen 25 Millionen Euro für 2015 ein, dann noch einmal 25 Millionen Euro für 2016. Das ist ein Witz.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Da müssen Sie schon mehr tun. Sie müssen den Zwölf-Punkte-Plan wiederbeleben. Sie müssen den "Bayernplan" wiederbeleben. Wenn ich am Schluss lese, die Staatsregierung sei Antriebskraft, muss ich schon sehr lachen; Antriebskraft fehlt momentan komplett. Deshalb die Botschaft: Werfen Sie 10 H in die Tonne, nehmen Sie die Bürger ernst, nehmen Sie die Bürger mit! Wir brauchen endlich Planungssicherheit und ein Konzept. Fangen Sie mit der Energiewende bitte von unten an! Kommunaler Klimaschutz ist die Lösung. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult, Herr Stümpfig. Der Kollege Hofmann hat noch eine Zwischenbemerkung.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Stümpfig, Sie haben gerade gesagt, wir sollen die Energiewende von unten anfangen. Gleichzeitig sind Sie gegen einen Bürgerdialog. Das kann verstehen, wer will; ich verstehe es nicht. Vielleicht muss ich das aber auch gar nicht. Was mich allerdings interessiert, Herr Kollege: Auf Ihrer Homepage steht, Sie wollen die Windstromproduktion noch in diesem Jahrzehnt verdreifachen. Können Sie mir in etwa sagen, wie viele Windkraftanlagen wir im Freistaat Bayern dafür brauchen? Haben Sie auch schon eine konkrete Vorstellung, wo Sie diese platzieren wollen? Haben Sie sich schon Landkreise ausgesucht, haben Sie sich schon über die Bezirke Gedanken gemacht? Darüber wird sich der Kollege Glauber freuen, weil er der Diskussion aus dem Weg gegangen ist.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Ihrer ersten Bemerkung zum Dialog: Herr Baumgärtner hat auch Herrn Glauber unterstellt, wir wollten keinen Dialog. Das ist vollkommen falsch. Hören Sie doch einfach zu! Ich habe Frau Aigner gelobt; denn ein Dialog ist immer gut. Aber ein Dialog hinter verschlossenen Türen entspricht nicht unserer Vorstellung von einem Dialog. Das haben wir kritisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu den Windkraftanlagen: Wir wollen eine Verdreifachung. Wir haben momentan 1,5 %. Das ist nicht allzu viel. Unser Ziel ist, 10 % Windkraftanteil in Bayern zu haben. Ihre Fraktion steht dem momentan leider noch massiv im Weg. Unsere Diskussionen im Wirtschaftsausschuss waren in letzter Zeit nicht besonders fruchtbar. Ich muss das bedauern, weil ich glaube, dass Sie, Herr Hofmann, vor Ort anders agieren.

Wo die Windkraftanlagen hinkommen sollen, kann ich Ihnen genau sagen, weil ganz viele bereits beantragt wurden. Genau an die beantragten Standorte sollen sie auch kommen. Die regionalen Planungsverbände arbeiten seit 2011 an Flächenausweisungen. Genau auf diesen Flächen sollen sie errichtet werden. Sie treten aber jetzt das ganze Konzept in die Tonne. Allein die Flächennutzungspläne haben Bestandsschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese gelten aber nur für diejenigen regionalen Planungsverbände, in denen in den letzten Jahren geschlafen worden ist, also dort, wo keine Regionalpläne bestehen. Das heißt, Sie betreiben eine Clusterbildung an den schlechten Standorten. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Aigner das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich erlaube mir noch ein paar Anmerkungen zu den in der Debatte aufgeworfenen Punkten.

Zunächst wurde der "Bayernplan" angesprochen. Ich habe ihn deshalb nicht erwähnt, weil ich es bereits in diesem Haus erläutert habe. Wir haben über den "Bayernplan" bzw. die Möglichkeit der Umsetzung bei den Koalitionsverhandlungen massiv gestritten. Es war nicht ganz einfach. Dass es überhaupt eine Möglichkeit gibt, die Anlagen zu flexibilisieren, das heißt, sie dann auszuschalten, wenn es zu viel Wind oder zu viel Sonne gibt, und sie einzuschalten, wenn es zu wenig davon gibt, ist ausschließlich durch meinen persönlichen Einsatz und den des Ministerpräsidenten möglich gewesen. Das ist die Realität. Deshalb werden wir das auch so umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Zweiten, nämlich zur Wasserkraft: Da haben wir gute Voraussetzungen. Ich bin mal gespannt, wo die GRÜNEN dann stehen. Zum Schwur wird es kommen, wenn es um kleine Wasserkraftwerke, um die Nachrüstung neuer Anlagen oder um Querbauwerke geht. Dann wird es zum Schwur kommen. Dann wird es spannend.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Sie müssen doch rechnen können!)

- Ich kann gut rechnen. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

(Unruhe und Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte noch einen Moment um Ruhe.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Zum Dritten, zur Windkraft und zu den Zahlen: Unser Haus hat bei den Bezirksregierungen angefragt, um die Zahlen der Neuanmeldungen und Neubeantragungen dieses Jahres zu erfahren. Wir haben in der Kürze nicht alle erreicht. Es sind allein 250 Neuansträge. Ich kann nicht sagen, aus welchen Landkreisen das genau gekommen ist. Vielleicht haben einige Landkreise nicht gemeldet oder direkt beim Umweltministerium eine Meldung abgegeben. Ich weiß es nicht. Aber das ist unser Erkenntnisstand.

Zur 10-H-Regelung: Ich habe mich ausdrücklich bei der Arbeitsgruppe bedankt, in der Erwin Huber federführend tätig war. Bei den ausgewiesenen Vorrangflächen gibt es die Möglichkeit, durch einfachen Beschluss des Gemeinderates – mit Mehrheit – dies zu bestätigen. Ich brauche keine Bauleitplanung; ich kann es einfach bestätigen. Das ist die Wahrheit. Tun Sie nicht so, als ob nichts geschehen wäre. Es werden einige Anlagen noch gebaut. Ich kann Ihnen auch sagen: Nach den uns vorliegenden Zahlen wird es sicherlich noch zu einem deutlichen Schub kommen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich nun beim Wind bin, muss ich auch etwas zu den Kosten sagen; denn auch sie gehören zur Wahrheit: Der Offshore-Ausbau ist nicht billig. 16 Cent pro Kilowattstunde, das ist verglichen mit einem Gaskraftwerk das Doppelte, ohne dass die Leitung eingerechnet ist. Es ist Realität, dass es im Norden – Sie haben es gesagt – viel zu viel Strom gibt. Die Frage ist, ob das wirtschaftlich ist. Auch über diese Frage muss diskutiert werden.

Wenn Sie von 100 % erneuerbare Energien sprechen, dann frage ich mich: Wie soll das denn funktionieren? Wir brauchen dazu auch Speichertechnologie. In diesem Zusammenhang gebe ich Ihnen auch recht, Herr Glauber. Auch Sandro Kirchner hat das angeführt. Wir müssen noch viel investieren. Das habe ich schon gesagt; denn es ergibt keinen Sinn, den überschüssigen Strom abzuregeln, herzuschenken und dafür vielleicht auch noch zu bezahlen. Das ist genau die Problematik, vor der wir im Augenblick stehen. Ich brauche Speichertechnologien, und zwar nicht nur kurzfristige, sondern eher langfristige. Dabei helfen mir auch die Pumpspeicherkraftwerke nichts; denn ich brauche diese Technologie im Winter, wenn es dunkel und kalt ist, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. Dann brauche ich die Energie. Deshalb müssen wir einiges einsetzen. Das gilt nicht nur für die Forschung. Wir brauchen Demonstrationsanlagen und ein Marktdesign, in dem sich Speichertechnologie überhaupt rechnet. Momentan ist es so, dass die Speicher als Endverbraucher EEG-Umlage zahlen müssen. Ich kann es nicht ändern, weil das auf der Bundesebene geregelt wird. Es tut mir leid, dass wir nicht alles im Landtag regeln können. Das steht aber auf der Tagesordnung und ist auch Gegenstand des Koalitionsvertrags. Das ist die entscheidende Frage.

Nicht zuletzt geht es um die Versorgungssicherheit. Ich habe gesagt, die Bundesnetzagentur hat uns bestätigt, dass nach Abschaltung von Grafenrheinfeld und Gundremmingen genügend sicherer Strom vorhanden ist. Worauf basiert diese Einschätzung? Sie basiert auf Zukäufen aus dem Ausland, wo Strom in völlig veralteten Anlagen produziert wird, von denen wir nicht wissen, ob sie auch in Zukunft noch laufen werden. Die Aussage basiert auch auf der Reservekraftwerksverordnung, die im Jahr 2017 ausläuft. Wir haben bisher keine Anschlussregelung. Sie reden über irgendwelche Leitungen und das Jahr 2022. Wir haben keine Anschlussregelung für das Jahr 2017. Das ist die entscheidende Frage.

Man kann natürlich Krokodilstränen darüber vergießen, warum es nur um Kohle geht. Das ist das Marktdesign. Wie funktioniert es denn? Momentan sind die erneuerbaren

Energien als Erste dran, und dann werden die alten, abgeschriebenen Kohlekraftwerke eingeschaltet. So ist die Realität. Ich werde kein Gaskraftwerk hinbekommen. Ich kann Ihnen genau erklären, was der fokussierte, zentrale Kapazitätsmechanismus ist. Genau so werden wir es brauchen. Auch ein bestehendes Kraftwerk wie Irsching muss die Chance haben, wieder ans Netz zu kommen. Momentan diskutieren wir darüber, ob wir es stilllegen und im Jahr 2022 vielleicht wieder einschalten. Das ist ein totaler Irrsinn. Diese Angelegenheiten kann ich nicht in Bayern regeln. Das steht im Koalitionsvertrag, und ich fordere ein, das umzusetzen. Genau über diese Fragen haben wir mit Sigmar Gabriel intensiv diskutiert.

(Beifall bei der CSU)

Zur energetischen Einsparung: Diese hätten wir gern schon länger umgesetzt. Die SPD und die GRÜNEN haben es im Bundesrat abgelehnt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Bei der SPD bin ich mir sicher, dass wir uns einig werden. Wir sind in Berlin in einer Großen Koalition, und deswegen bekommen wir das schon hin. Bei den GRÜNEN bin ich gespannt, ob die Länderfinanzminister dann wieder vorschieben, dass es zu viel kosten wird. Ich kann Ihnen sagen, dass wir Studien haben, wonach sich das von selbst rechnet. Jeder eingesetzte Euro wird acht Euro zusätzlich abwerfen. Es geht um die steuerliche Anerkennung. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, es geht um die energetische Gebäudesanierung. Wir setzen ein 10.000-Häuser-Programm auf. Auch in dieser Hinsicht tun wir einiges.

Sie sehen an dieser Debatte – ich glaube, die Zuschauerinnen und Zuschauer werden es auch sehen -: Es gibt keine einfache Antwort, und deshalb hat es gerade jetzt Sinn, in einen Dialog einzutreten. Das wird nicht einfach. Mit Verlaub: Stellen Sie sich denn vor, dass wir 12 Millionen Bürgerinnen und Bürger Bayerns in einen Saal sperren und einfach sagen: Wir machen einen Dialog? – Das ist doch lächerlich.

Wir werden natürlich Bürgerinitiativen – die sind mit dabei; die sind repräsentativ –, Leute aus Verbänden und aus der Wirtschaft dazu einladen. Wir führen einen Energiedialog, bei dem sich die Menschen zu Wort melden können. Wir können aber nicht alle in einen Saal sperren. Das funktioniert leider nicht, und schon gar nicht innerhalb von drei Monaten. Deshalb werden wir das ausgewogen machen und mit allen Seiten sprechen. Es ist guter Brauch, beide Seiten anzuhören. Die Diskussionen laufen doch bereits vor Ort: Brauchen wir die Leitungen, brauchen wir sie nicht?

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Die Menschen haben jetzt auf einmal zugehört, und deshalb werden wir das so machen. Wir werden das Verfahren in drei Monaten abschließen. Ich bin froh darüber, dass ich jetzt, am Schluss, gehört habe, dass die GRÜNEN nicht gegen einen Dialog sind. Das hätte mich schon sehr gewundert;

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

denn als basisdemokratische Partei kann man doch nicht gegen einen Dialog sein. Diesen Dialog werden wir in großem Konsens führen. Am Schluss werden wir gemeinsam mit dem Bund – dort stehen auch ein paar Entscheidungen an – eine Entscheidung treffen. Darauf werden wir aufbauen und einen Masterplan vorlegen. Das ist es.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir machen jetzt Mittagspause bis 12.45 Uhr.

(Unterbrechung von 12.11 bis 12.49 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Mittagspause ist zu Ende. Die Reihen sind aber noch recht leer. Die, die hier sind, werden dafür nicht immer angemessen gelobt. Ich

bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt schon hier sind, und bitte diejenigen, die noch nicht hier sind, bald hier einzutreffen.